

Neu gelesen: Robert A. Orsi *The Madonna of 115th Street*

Robert A. Orsi, *The Madonna of 115th Street: Faith and Community in Italian Harlem, 1880–1950*. Third edition, New Haven (Yale University Press) 2010 [1985].

Die Szene wiederholte sich an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert alljährlich. Pünktlich zum 16. Juli versammelten sich süditalienische Einwanderer:innen im New Yorker Stadtteil Harlem, um den Festtag Unserer Lieben Frau vom Berge Karmel feierlich zu begehen. Höhepunkt des bunten Treibens mit Essens- und Devotionalienständen war die Prozession, für die die Gläubigen die Statue der Madonna aus ihrer Kirche herausholten und durch die Straßen paradierten. Dem blumengeschmückten Festwagen folgte eine Ehrengarde von Mädchen und ledigen Frauen in Weiß, denen sich nach Geschlechtern getrennte Männer- und Frauengruppen anschlossen. Ganz am Ende des Umzuges fanden sich diejenigen ein, die der Karmel-Madonna besonders ergeben waren: Büsser und vor allem Büsserinnen, die sich schwere Kerzen tragend barfuß über den gleißenden Asphalt mühten.

Ihren Endpunkt fand die Prozession vor der Kirche der Karmel-Madonna an der 115. Straße, wo die Gläubigen stundenlang Schlange standen, um zum Altar vorgelassen zu werden. An dem Ort, an dem die Statue während des Jahres aufgestellt war, wartete ein Priester, der den Gläubigen ein Skapulier aushändigte, zwei mit einem Faden verbundene Stoffvierecke mit einem Bild der Karmel-Madonna, die sich die Gläubigen über die Schultern warfen. Dieses Abzeichen für geleistete Buße im vergangenen und Schutz im kommenden Jahr wollte allerdings verdient sein.

Hatten sie einmal die Kirchenraum erreicht, warfen sich insbesondere Mütter zu Boden und wurden von ihren Familienmitgliedern das Schiff entlang zum Altar geschleift, während sie mit ihrer Zunge den Kirchenbodenleckten.

Diese verstörende Szene, der die Kirchenoberen erst 1920 den Riegel vorschoben, hat sich ins Gedächtnis all jener eingebrannt, die seit ihrem ersten Erscheinen 1985 Robert Orsi Studie *The Madonna of 115th Street* gelesen haben. Dem Autor dient das Unerklärliche als Ausgangspunkt für seine Erklärung, die solche religiösen Handlungen in die Vorstellungswelt der beteiligten Menschen zu verankern versucht. Orsi stützt sich dabei auf eine breite Quellengrundlage, die er in einem der zweiten Auflage vorangestellten Vorwort erläutert. War Orsi ursprünglich als Historiker an den Untersuchungsgegenstand herangetreten, veranlasste ihn die schwierige Archivlage dazu, zur Feldarbeit überzugehen und Oral-History-Interviews mit Zeitzeug:innen zu führen, die die frühen Jahrzehnte der *festa* miterlebt hatten. Dabei sei ihm deutlich geworden, wie stark die religiösen Praktiken der italienischen Einwanderer:innen in Harlem mit ihren Lebensumständen in Süditalien und New York verbunden gewesen sind, wie ihre Lebenswelt ihre Kosmologie gespeist hat.

Diese Lebenswelt fasst Orsi mit dem sperrigen Latinismus »Domus«. Dem Mediävisten Emmanuel Le Roy Ladurie entliehen, beschreibt der Begriff ursprünglich

das Haus als soziale und wirtschaftliche Einheit im mittelalterlichen Dorf Montailou. Die Aneignung des Konzepts durch Orsi ist weniger anachronistisch, als es auf den ersten Blick scheinen könnte. Die Anhänger:innen der Karmel-Madonna stammten aus dörflichen Verhältnissen in Süditalien, die im späten 19. Jahrhundert noch weitgehend von solch vormodernen Sozialstrukturen geprägt waren. Weitaus interessanter hingegen ist Orsis Nachweis, dass sich die Domus im urbanen und industrialisierten New York perpetuierte, indem sich die wirtschaftliche Prekarität und die gesellschaftliche Marginalisierung aus Süditalien im Erleben der Einwanderer:innen fortsetzten.

Aus den Strukturen ergaben sich konkrete Wertvorstellungen. Die Harlemer Domus bildete eine Gemeinschaft, die sich durch Blutsverwandtschaft konstituierte, sich zuweilen um Wahlverwandte wie die *comari* und *compari* (Pateneltern) der Kinder erweiterte. Gegen außen – das heißt, gegenüber anderen Domus, vor allem aber gegenüber der umgebenden amerikanischen Mehrheitsgesellschaft – igelte sich die Domus ein. Die vorherrschende Erwartung war eine grenzenlose Aufopferungsbereitschaft nach innen und unbedingte Solidarität mit dem Kollektiv, dessen Ehre jedes einzelne Mitglied nach außen hin aufrechterhalten musste. Emisch wurden diese Beziehungen mit dem Begriff *rispetto* gefasst – Fürsorge, die aber nie frei von Angst vor den Folgen war, die diejenigen zu gewärtigen hatten, die mit der Solidaritätsgemeinschaft brachen und so *vergogna* (Schande) über die ganze Domus brachten.

Prägend für die Beziehungen innerhalb und zwischen den Domus waren patriarchale Hierarchien. Kinder schuldeten den Eltern unbedingten Gehorsam. Frauen standen unter besonderer Beob-

achtung. Mädchen wurden von Kindesbeinen an auf Hausarbeit abgerichtet; sie mussten ihren Brüdern und dem Vater zur Verfügung stehen. Sowohl männliche Familienmitglieder wie die italienische Community insgesamt überwachten die Sexualität von jungen, unverheirateten Frauen. Verheiratete Frauen mussten die Fassade der guten Domus nach außen aufrechterhalten – was auch eine enorme Arbeitsbelastung bedeutete.

Diese Rollenerwartungen übten großen Druck auf die einzelnen Familienmitglieder aus. Das patriarchale Ideal war immer schwerer mit den Lebensrealitäten in der Neuen Welt in Einklang zu bringen. In Amerika geborene Kinder dieser Migrant:innen suchten nach freier Entfaltung – gerade in der Sexualität und in Liebesbeziehungen mit Nichtitaliener:innen. Noch weniger ließ sich das patriarchale Gefälle zwischen Eheleuten aufrechterhalten. Die Herrschsucht der Väter galt allen als theatralische Performanz für die Menschen außerhalb der Domus, die das »private Matriarchat« mehr schlecht als recht kaschierte. Orsis Informant:innen geben unumwunden zu Protokoll, dass die Mutter im Haus der wahre »Chef« gewesen sei. Aus den Widersprüchen auszubrechen gelang indes den wenigsten. Vielmehr verursachten sie die Unterdrückung der eigenen Bedürfnisse. Dies zog eine weit verbreitete Wut nach sich, die allerdings nur im Versteckten verbalisiert werden durfte.

Die Wertvorstellungen der Domus spiegelten sich im Himmel. Laut Orsi ist es bezeichnend für das von ihm untersuchte Milieu, dass Himmel und Erde in dessen Vorstellungen ein Kontinuum bildeten und die Heiligen direkt in die Geschehnisse der Domus eingriffen. Trost hatten sie dabei allerdings kaum zu bieten. Gerade Unsere Liebe Frau vom Berge

Karmel trug letztlich eher dazu bei, die bedrückenden Verhältnisse in der Domus wiederherzustellen. Als Schmerzmadonna bot sie den gebeutelten Müttern zwar eine Identifikationsfigur. Doch die Wunder, die sie laut dem Pfarreiblatt für ihre Anhängerinnen vollbrachte, warfen diese regelmäßig in die alten Lebensumstände zurück. Tatsächlich konnten die sorgfältig dokumentierten Mirakel hausbezogener nicht sein: Sie handelten von Krankheiten, Erwerbsausfall, Haushaltsunfällen und (während des Ersten Weltkriegs) von vermissten Söhnen, die man sich nach Hause zurückwünschte. Die Interzession der Karmel-Madonna beschränkte sich durchweg darauf, die von diesen Erschütterungen gefährdete Domus zu stabilisieren.

Immerhin bot sich mit der *festa* im Juli einmal im Jahr die Gelegenheit, die angestaute Wut über die eigenen Lebensumstände neu mit dem Himmel auszuhandeln. Während der Prozession konnten insbesondere Frauen die Keuschheit und Aufopferung, die die Domus ihnen abverlangte, inszenieren. Die eigene leidvolle Erfahrung in der Domus näherte die Gläubigen dabei dem erlösenden Leiden des Christentums an. Die Logik dahinter schrammte nahe am Feilschen in asymmetrischen Beziehungen vorbei, das auch in der Domus allgegenwärtig war: Das freigewählte Leiden in den ritualisierten Bußpraktiken war der Preis, der für die Aufmerksamkeit des Himmels und die einzige Hoffnung auf Linderung des tatsächlichen Leidens in der Domus zu entrichten war. Die Frauen, die sich von Familienmitgliedern durch die Kirche zerren ließen, demonstrierten nach außen hin ihre Unterordnung innerhalb der Domus. Zugleich erhofften sie sich von dieser Sublimierung des eigenen Leids Erlösung durch die Muttergottes. Sie begegneten ihr

durch diese körperliche Praktik mit dem Wert, der auch in der Domus zentral war: dem *rispetto*, jener charakteristischen Mischung aus Liebe und Ehrfurcht, ja Angst, die man denjenigen gegenüber zu zeigen hatte, die die eigenen Verhältnisse willkürlich zum Besseren oder Schlechteren wenden konnten.

Solche Rituale, so Orsi, führen die Domus und den Himmel zusammen. Durch sie versicherte sich die Gemeinschaft der italienischen Katholik:innen in Harlem nicht nur ihrer Wertvorstellungen des *rispetto* in und außerhalb der Domus. Die Selbstkasteiung war zugleich das einzige Ventil, um den Druck der Domus in sozial hinnehmbarer Form abzubauen. In ihr äußerte sich eine Glaubenswelt, die, anders als es stereotype Beschreibungen des süditalienischen Katholizismus gerne behaupten, nicht von Resignation geprägt war: Von der Aufopferung für den Himmel erhofften sich die Einwanderer:innen Rettung in einer Welt, in der gerade diese Aufopferung für die Domus das Leben so beschwerlich machte. »The people's ritual sacrifice was usually a literal reenactment of their real suffering« – im Wissen, dass auch die Madonna litt und die Bewohner:innen der Domus deshalb mit ihr eine Leidensgemeinschaft bildeten. Das Leiden dieser Katholik:innen war, meint Orsi, in seinen Ursprüngen wie in seinen Folgen zutiefst »pathologisch«: »the source of their comfort was also the source of their entrapment.« Der Himmel war jenseits des Denkrahmens der Domus gar nicht vorstellbar.

Liest man *The Madonna* 40 Jahre nach ihrem Erscheinen, überrascht insbesondere Orsis Vorstellung, dass es sich beim Karmel-Kult um eine im Kern antiklerikale Religion der einfachen Leute (»popular religion«) handelte. Orsi macht dies am Umstand fest, dass die von ihm unter-

suchten Menschen eindeutig zwischen ihrer »Religion« (*essere cristiani*) und der Kirche unterschieden, deren zölibatäre Vertreter sich der Logik der Domus entzogen. Tatsächlich scheint der Harlemer Karmel-Kult ganz der Initiative von Lai:innen geschuldet gewesen zu sein: Sowohl die errichtete Kirche an der 115. Straße als auch die *festa* gingen auf eine 1884 gegründete Bruderschaft zurück, die sich gegen den Widerstand der katholischen Hierarchie durchsetzen musste.

Freilich wirft Orsis Empirie selbst die Frage auf, ob dieser schroffe Gegensatz zwischen antiklerikalen Gläubigen und dem Klerus haltbar ist. Immerhin waren es italienische Missionare, die beim Papsttum eine der ersten amerikanischen Madonnenkrönungen erwirkten, die dem Kult in der Kirche an der 115. Straße erst richtig Auftrieb verlieh. Auch der alljährliche Höhepunkt der *festa* – die Abgabe der gesegneten Skapuliere – wäre ohne Priester nicht denkbar. Vielmehr scheinen die Konfliktlinien aus heutiger Sicht entlang ethnischer Grenzen verlaufen zu sein – hier die als exotisch, ja heidnisch wahrgenommenen italienischen Katholik:innen mit ihren Geistlichen, dort irisch- und deutschstämmige Gläubige, die in der amerikanischen Kirche damals tonangebend waren. Statt von einer »popular religion« wäre wohl eher von einer »local religion« auszugehen. Dieses praktisch zeitgleich von William A. Christian geprägte Konzept erklärt die Vielfalt im universellen Katholizismus weniger mit einem Antagonismus zwischen (implizit vormodernen) Lai:innen und (implizit modernen) Geistlichen; es führt die Pluralität vielmehr auf lokal je unterschiedliche Aushandlungsprozesse zwischen Lai:innen und Klerus zurück.

Verfolgt man die von Orsi untersuchte Religiosität zurück zu ihren Ursprüngen

in Süditalien, bestätigt sich diese Annahme. In den religiösen Überzeugungen und Praktiken im italienischen Harlem erkennen Spezialist:innen unschwer das Ergebnis einer jahrzehntelangen Strategie des süditalienischen Klerus. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich Orsis »popular religion« als das Ergebnis eines »religiösen Populismus«, mit dem süditalienische Geistliche seit dem 18. Jahrhundert die »kleinen Leute« und insbesondere Frauen für Heilsangebote aus dem Jenseits empfänglich zu machen versuchten. Auf dem Marktplatz der Ideen platzierten sie kirchliche Heilsangebote als Alternative zu aufklärerischen Reformen, die mit zunehmender Vehemenz soziale Probleme ganz im Diesseits zu lösen versprachen. Durch optimierte Drucktechniken brachten Missionare Wundergeschichten in den Umlauf, die Sakramentalien (wie das New Yorker Skapulier) als Lösung alltäglicher Sorgen und Nöte ins Spiel brachten – zumindest für diejenigen, die sich durch die Hinnahme ihres irdischen Leidens darum verdient gemacht hatten. In Billigdrucken und Predigten unterbreitete der Klerus Selbstkasteiung und bedingungslosen Verlass auf die Himmelsbewohner:innen als Antwort auf strukturelle Probleme, die im Unterschied zu den weltlichen Lösungsansätzen ohne soziale Umwälzungen auskamen. Orsis Studie beweist letztlich, dass der Populismus der Geistlichen bei den Gläubigen Ende des 19. Jahrhunderts populär geworden war. Bedenkt man, dass die massenweise Auswanderung nach Amerika eine Folge der gescheiterten weltlichen Reformen in Süditalien war, erstaunt diese Hinwendung zu religiösen Deutungsangeboten wenig.

An Orsi selbst sind die Debatten über die »popular religion« natürlich nicht vorbeigegangen. Im Vorwort zur zweiten

Auflage seines Klassikers (2002) ordnet er den Begriff im Rückblick neu ein. Als er seine Arbeit schrieb, so Orsi, stand die Religionswissenschaft im Zeichen einer (implizit protestantischen) Orientierung am Text, die Orsi durchbrechen wollte, indem er der normativen Religion der Kirche die Religiosität der einfachen Menschen gegenüberstellte, die ihm in seiner ethnografischen Arbeit begegnet war. Er räumt ein, dass er zu wenig dem Umstand Rechnung getragen habe, dass an der Theorie und Praxis einer »popular religion« immer auch Eliten beteiligt seien. Er scheint deshalb bereits 2002 den damals neuen Begriff der »lived religion« vorzuziehen. Dieser erlaubte es nicht nur, die falsche Dichotomie zwischen Wort und Handlung, Theologie und Ritual zu überwinden, sondern religiöse Praktiken eines Milieus immer als situativ, als das Ergebnis konkreter Lebensumstände zu deuten. Tatsächlich scheint dieser Begriff bei der erneuten Lektüre besser zu Orsis Vorgehen und Befunden zu passen als der von ihm ursprünglich benutzte Begriff der »popular religion«.

Von diesen Fragen der Begrifflichkeit abgesehen hat sich *The Madonna* für Orsis weitere Arbeiten als ungemein fruchtbar erwiesen. In seinen nachfolgenden Studien zum Heiligenkult im amerikanischen Katholizismus des späten 20. Jahrhunderts ist die enge Bindung an die Madonna, die er in seinem Erstling herausgearbeitet hat, wiederzuerkennen. Religion versteht er in *Between Heaven and Earth: The Religious Worlds People Make and the Scholars Who Study Them* (Princeton, 2004) nunmehr als ein »Netzwerk«, das Himmel und Erde verbinde und in dem Heilige Teil des Beziehungsnetzes von Gläubigen werden. Noch stärker als in seinem Erstling arbeitet er hier die Tragik dieser Bindungen heraus. Das enge

Verhältnis mit den Heiligen sei »nicht immer, nicht einmal oft, gut« für die Gläubigen, es mache weder ihr Leben noch ihre Beziehungen zu anderen Menschen einfacher. Heilige seien in diesem Sinne zwar manchmal »Verbündete in Widerstand und Subversion«, genauso häufig aber auch »gefährliche Vollstrecker kultureller Strukturen«, die sich gegen gesellschaftlich Benachteiligte wie Frauen, Kinder und Menschen mit Beeinträchtigungen richten.

In seinem bislang letzten Werk, *History and Presence* (Cambridge, MA, 2018), ordnet Orsi diese Beziehungen noch stärker in das von ihm geprägte Konzept der Präsenz ein. Die »Realpräsenz« des Göttlichen in der Hostie, die nach der Reformation zum Alleinstellungsmerkmal des Katholizismus wurde, versteht Orsi dabei als grundlegend für religiöse Traditionen, die nicht auf Schriftlichkeit ausgerichtet sind: Präsenz steht für die Annahme der realen Präsenz des Himmels auf Erden, die eine kontinuierliche Beziehungsarbeit mit den Himmelsbewohner:innen nötig erscheinen lässt. Für diese Beziehungsarbeit besonders wichtig erweist sich die Materie selbst. Während Statuen und Kerzen, Skapuliere und Bilder schon in *The Madonna* vorkamen, werden sie erst in den späteren Werken analytisch gegriffen. *Between Heaven and Earth* etwa führt sie als »Werkzeuge des Heiligenkults« ein. Weil sie im Untersuchungszeitraum dieser Studie – die Jahrzehnte nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil – zusehends unter Druck gerieten, erweisen sich diese Medien als besonders eindrucksvolle Beweisstücke für den Nachweis, den Orsi erbringen will: Religion lebt von und in der Materialität. Tatsächlich wäre heute keine Arbeit zu »lived religion« zu denken, die sich nicht intensiv mit den materiellen Aspekten religiöser Praktiken beschäftigt.

In der Verbindung von Beziehungsarbeit und Materialität liegt das innovative Potenzial dieses Klassikers. Bei der erneuten Lektüre fällt auf, wie allgegenwärtig Emotionen wie Liebe, aber auch Angst und Wut in Orsis Erstling sind. Vor dem *emotional turn* geschrieben, erscheinen uns Gefühle in *The Madonna* aber noch als physiologische Reaktionen auf bestimmte Zustände. Praxeologische Zugänge zu (religiösen) Emotionen würden inzwischen nahelegen, die Emotionen der Gläubigen als etwas aufzufassen, das in den Netzwerken zwischen Himmel und Erde erst hergestellt wird. Tatsächlich zeigen neueste Arbeiten wie jene von Julia Lieth, die sich ausdrücklich an Orsi orientiert, wie fruchtbar es (selbst in einer Studie zu einem württembergischen Pietisten) ist, diese Netzwerke durch das Prisma der Gefühlsgeschichte neu anzuschauen. Eine durch die Praxeologie informierte Emotionengeschichte zeichnet sich nun als Möglichkeit ab, die oft tragischen Beziehungen zwischen Gläubigen und Himmelsbewohner:innen, die Orsi als Erster ins Bewusstsein der Forschung gerückt hat, noch besser zu verstehen.

Samuel Weber (Bern)

Valentin Groebner, Zeitverschluss

Valentin Groebner, *Zeitverschluss | Frozen Time. Das Museum als Panikraum | Museums as Panic Rooms* (Vienna Public History Lectures; Bd. 1), Berlin (De Gruyter Oldenbourg) 2023, 67 S., 4 Abb., 29,95 €

Mit Valentin Groebners Band startet die neue Publikationsreihe »Vienna Public History Lectures«. In ihr soll es laut Editorial weniger »schubladitionär [sic!] wohlgeordnet« zugehen und »Tür und Tor ... der geistigen Grenzgängerey« geöffnet werden. Damit gibt es ein weiteres Printmedium des geschichtswissenschaftlichen Sektoralthemas »Public History«, um das keine Universität seit fünf bis zehn Jahren mehr herumzukommen scheint, wie die Fülle an Professuren und Lehrstühlen mit der entsprechenden Denomination unterstreicht. Mit dieser Reihe ist es Mariko Demantowsky, der sich in der Public History-Community positioniert.

Das schmale Heft (nur 67 Seiten für die deutsch- und englischsprachige Version des Textes) offeriert programmatisch das Selbstverständnis des Arbeitsbereichs für Public History, verstanden als »öffentlicher [und politischer – Valentin Groebner] Umgang« mit Geschichte. Der Beitrag fußt auf einem im November 2022 gehaltenen Vortrag an der Universität Wien. Die sieben Zugriffe »Futsch«, »Ganz authentisch«, »Zeitkapseln«, »Warenhäuser«, »Edle Stifter«, »Böse Museen« und »In der Eisgrotte« strukturieren den ideenreichen und sehr zur Diskussion anregenden Beitrag, der innovativ das Rüstzeug der Historikerin/des Historikers und weniger des Public Historian entfaltet. Zeitlich positioniert Groebner seine Thesen aus der Phase des »Nachhinein« als »Zeitzone,

in der man klüger ist als vorher, einem das aber nicht unbedingt etwas nutzt«.

Bevor der Autor sich den Facetten der Musealisierung zuwendet, erfahren wir wenig überraschend, dass aus der Vergangenheit nahezu alles »futsch« gegangen und dass der Begriff der »Authentizität« ein problematischer ist. Lieber möchte Groebner ihn zum Schluss seines Beitrags durch »Nachprüfbarkeit« ersetzt sehen. Ersterer sage mehr »über die Wünsche des- oder derjenigen, die das Wort benutzt [aus] ... als über konkrete Eigenschaften dessen, was so bezeichnet wird« – womit er als »Chiffre für Echtheit« wenig tauglich sei. Interessant ist die vorgenommene Historisierung der »Verlustsensibilität«, die, anders als in der Hoch- und Postmoderne, in der Renaissance und im Barock fundamental rigoros daherkam, »war [in diesen Zeitschichten] der Abriss des Alten [hier] doch völlig selbstverständlich«.

Die sich anschließenden fünf inhaltlichen Zugriffe zur Gemengelage »Museum« fokussieren wesentliche Fixpunkte des Musealisierungsprozesses. Ohne den Doyen des »Zeitschichten-Paradigmas«, Reinhart Koselleck, zu benennen, arbeitet Groebner mit der Figur der musealen »Zeitkapsel«, in der nicht veränderbare Überreste – »das originale, auratische Echte«, das im digitalen Zeitalter eine besondere und zusätzliche Aufladung erhält – nach einem immanenten musealen Regelsystem präsentiert werden. Ein Aufschimmern von Krzysztof Pomians

Semiophoren-Zugriff wäre an dieser Stelle durchaus wünschenswert gewesen. Den zweiten Impuls setzt Groebner mit seinem Blick auf Museen als »etwas hochnäsige Zwillingsgeschwister« der Warenhäuser, was allein schon an der Nachbarschaft von beiden – siehe beispielsweise den Louvre und das Kaufhaus »Grands Magazins du Louvre« – Mitte des 19. Jahrhunderts ersichtlich sei. Als Beleg für die Erfolgsgeschichte einer fruchtbaren ökonomischen Beziehung führt Groebner die sehr enge räumliche Verbindung von Ausstellungen und Ständen des Fachhandels im Museum selbst an – so geschehen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in London und Paris und später auch bei den Industrieschauen und Weltausstellungen. Darüber hinaus auffällig sind ihm die Kooperationen bei den großen militärischen Kolonialunternehmungen, bei denen Museumsmitarbeiter und Akteure des Kunsthandels »embedded« waren, um Objekte vor Ort abzugreifen und in die Museen und Depots des Kunsthandels zu überführen. Die heute zwingend notwendige Provenienzforschung vormalig »böser Museen«, die eigene Aufarbeitung der Beteiligung an kolonialer Gewaltgeschichte, ist mit Groebner bei weitem nicht nur selbstlos betriebene Aufklärung und Wiedergutmachung, sondern die Voraussetzung dafür, dass Museen »ihre Funktionen als sakrale Räume, Kokons und Shoppingcenter weiter erfüllen und halbwegs weiterhin so tun, als befänden sie sich außerhalb kommerzieller Marktbeziehungen«.

Daran schließt sich die Problematisierung des »edlen Stifters« an, der bei der Selbstdarstellung von Museen als ökonomisch sehr erfolgreiche Institutionen nicht fehlen darf, wobei die Museen den Geldgebern »breite Sichtbarkeit« einräumen. Dass der Rüstungskonzern Rheinmetall zu den Sponsoren der Pina-

kotheek der Moderne in München zählt, wie Groebner anführt, kann nur Irritationen auslösen, wurden und werden doch mit den vom Konzern produzierten Granaten an anderen Stellen der Welt Denkmäler und Museen samt ihren Objekten zerstört. Weiterhin wird hervorgehoben, dass insbesondere bei den Kunstmuseen Museumsleitung, Kuration und Kunsthandel eng miteinander einhergehen. Vor allem die architektonischen Realisierungen sind mittlerweile zu »Kultbauten des Marktwerts von Kunst« mutiert; zu Häusern, in denen »der Markt so richtig Markt sein kann«.

Zum Schluss (»In der Eisgrotte«) kommt der Verfasser in seinem lesenswerten Beitrag auf die Public History zurück, um zu unterstreichen, dass diese sich forschend mit der »Vergangenheit der Geschichte« auseinandersetzt, »also damit, wann und wie etwas zum ersten Mal dokumentiert worden ist, unter welchen Umständen und für wen«. Aber zählen die genannten Zugriffe nicht generell zum hermeneutischen Instrumentenkoffer einer jeden Historikerin/eines jeden Historikers? Insofern mündet das fortwährende binnendisziplinäre Claim-Abstecken der Public-History-Protagonistinnen und Protagonisten selbst in die Bahnen einer von Groebner erkannten »Ernüchterungswissenschaft«, die wenig Raum für Panik zulässt.

Alfons Kenkmann (Leipzig)

Maximilian Buschmann, Die Erfindung des Hungerstreiks

Maximilian Buschmann, *Die Erfindung des Hungerstreiks. Eine transnationale Geschichte 1880–1950* (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft; Bd. 247), Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht) 2023, 378 S., 65 €

Im Frühjahr 2024 sollte Bundeskanzler Olaf Scholz in Form einer Regierungserklärung zu einem Eingeständnis bewegt werden, wonach der Fortbestand der menschlichen Zivilisation »durch die Klimakatastrophe extrem gefährdet« sei und dass die Gesellschaft »jetzt, wenn auch mit Jahren Verspätung, radikal umsteuern« müsse. Eine Gruppe von Klimaaktivist:innen stellte dem SPD-Politiker diese Forderung und kündigte an, bis zu deren Erfüllung keine feste Nahrung zu sich zu nehmen. Als sich abzeichnete, dass sich der Bundeskanzler zu keiner Regierungserklärung zwingen lassen wird, brachen die Klimaaktivist:innen ihren Hungerstreik nach zum Teil fast 100 Tagen ab.

Neben zahlreichen Protestaktionen war bis zuletzt auch die Verweigerung der Nahrungsaufnahme ein fester Bestandteil der Strategie des politischen Aktivismus. Der Hungerstreik hat sich bereits Mitte des 20. Jahrhunderts im Repertoire der Protestformen von vielen politischen Bewegungen international etabliert. Der Vorgeschichte dessen, wie es durch diskursive Effekte und transnationale Rezeptionsprozesse zur »Erfindung« dieses Protestmittels kam, geht der Historiker Maximilian Buschmann in seinem Buch nach. Er behandelt darin einen vielschichtigen Themenkomplex, der unter anderem die Geschichte des Protests, der physischen und psychischen Selbstermächtigung sowie der Disziplinierungs-, Herrschafts-

und Kontrolltechniken beinhaltet, und liefert dafür weitere Forschungsimpulse.

In der Einleitung stellt der Autor zunächst fest, dass Hungerstreiks niemals nur eine politische Protestaktion gegen den Staat darstellten, sondern dass sie ebenso auf das soziale Umfeld, die mediale Öffentlichkeit und das eigene Selbst zielten. Insofern ist die Publikation als Geschichte einer sozialen Praxis zu verstehen, in der die Handlung des Nicht-Essens in Verbindung mit einer spezifischen Subjektivierungsform (»das rebellische Selbst«) steht. Des Weiteren verweist Buschmann darauf, dass der Begriff »Hungerstreik« zwar erst in den 1880er Jahren in seiner heute bekannten Bedeutung entstand, dass sich aber bereits im 17./18. Jahrhundert Afrikaner:innen auf der erzwungenen Atlantik-Überfahrt der Nahrungsaufnahme verwehrten, um sich damit ihrer Versklavung zu widersetzen.

Anschließend erarbeitet der Autor anhand einer breiten Quellenbasis aus staatlichen Dokumenten, Gerichtsakten und Presseberichten ebenso wie aus privaten Korrespondenzen und weiteren Ego-Dokumenten chronologisch die Etablierung des Hungerstreiks als Protestform von 1880 bis 1950. Dabei erscheint dem Rezensenten der erste (»Erfinden und vergessen«) von vier Abschnitten als der Anschaulichste, Informativste und Lesenswerteste. Buschmann beschreibt darin die Forschungsreise des US-Journalisten und Ethnologen George Kennan

nach Sibirien 1885/86, in der dieser für die Monatszeitschrift *The Century Magazine* über das schreckliche Schicksal der politischen Gefangenen und über deren Praxis des Nicht-Essens als Protest- und Widerstandsform berichtete, dadurch seine Sympathie für die russische Regierung revidierte und sogar zum Fürsprecher für die inhaftierten Revolutionär:innen avancierte. Die Kapitel über die »Entdeckung« des Hungerstreiks und den daraus resultierenden Wissens- und Kulturtransfer aus dem Russischen Kaiserreich in die USA lesen sich besonders flüssig und das Publikum erfährt en passant, wie George Kennans 1891 erschienene Publikation *Siberia and the Exile System* das Negativbild Russlands im Westen nachwirkend prägte.

Im zweiten Abschnitt (»Taten und Worte«) beschäftigt sich Buschmann mit der Genese des Hungerstreiks in den USA. Wie bereits im zaristischen Russland haben allen voran Anarchistinnen und Feministinnen die Protestform des Nicht-Essens zwischen 1914 und 1917 öffentlich intensiv diskutiert. In diesem Kontext thematisiert der Autor den Konnex zwischen »Technologien des Körpers« und »Technologien des Selbst« und veranschaulicht, dass Hungerstreiks nicht nur eine physische, sondern ebenso eine psychische Praxis darstellen, deren globale Etablierung weitere sozialpraktische Folgen hatte. Zum einen entwickelte sich der Hungerstreik zu einem demokratischen Kommunikations- und Partizipationsmittel, durch das sich in erster Linie radikaler Dissens am Status quo äußerte; zum anderen ließ diese soziale Praxis der Selbstermächtigung ebenfalls neue Disziplinierungs-, Herrschafts- und Kontrolltechniken entstehen, die der Autor im Folgenden etwa am Diskurs über Pathologisierung und Psychiatrisierung von

Hungerstreikenden oder an einer Genealogie der Zwangsernährung beschreibt.

Für seine umfassende These der Erfindung, Etablierung und Internationalisierung des Hungerstreiks schildert Buschmann auch im dritten Abschnitt (»Verweigern und Kämpfen«) interessante Fallbeispiele wie etwa den Hungerstreik in der Militärbasis Fort Riley in Kansas im Sommer 1918. Leser:innen allerdings, die keine Vorkenntnisse über den facettenreichen Forschungskomplex dieser Publikation haben, dürften jedoch spätestens an dieser Stelle Gefahr laufen, den Überblick über das Gesamtbild in den vielen Teilkapiteln zu verlieren, auch wenn der Autor stets versucht, die jeweilige Thematik adäquat zu kontextualisieren. Eventuell hätten bereits konkretere und konzisere Kapitelbezeichnungen dieser Tendenz entgegenwirken können. Allerdings wird dieser Abschnitt durch eine schlüssige These am Ende wieder anschaulicher: Die Jahre des Ersten Weltkrieges stellten nicht nur ein »Laboratorium der Gewalt« (Benjamin Ziemann) dar, sondern ebenso ein »Laboratorium für gewaltlosen Widerstand«.

Der vierte und letzte Abschnitt (»Unkalkulierbar und verletzlich«) behandelt die teilweise unfreiwillig fortschreitende Transnationalität sowie die diskursiven Rezeptionsbarrieren von Hungerstreiks. Die Schilderung der Geschichte der Anarchisten Nicola Sacco und Bartolomeo Vanzetti, die nach einem Überfall auf einen Geldtransporter in Massachusetts im Jahr 1920 ins Gefängnis kamen, stellt einen weiteren erkenntnisreichen Höhepunkt der Publikation dar: Als den beiden die Todesstrafe bevorstand, begannen sie – flankiert von einer massiven internationalen Solidarisierungskampagne aus dem radikal-linken Spektrum – als letztes Protestmittel einen Hungerstreik, um

damit die Entscheidung ihres Todeszeitpunktes nicht dem Staat zu überlassen. Nichtsdestotrotz wurden Sacco und Vanzetti im Jahr 1927 im Bostoner Stadtteil Charlestown auf dem elektrischen Stuhl hingerichtet. An diesem Fall zeigen sich nicht nur die Nachwirkungen der anti-kommunistischen »Red Scare« im Zuge des Ersten Weltkrieges sowie transnationale Solidarisierungsinitiativen; es ist ebenfalls ein eindrückliches Beispiel für die diskursive Macht der Psychopathologisierung, die den Anarchisten attestiert wurde, als sie sich zur Verweigerung der Nahrungsaufnahme entschlossen.

Nachdem im letzten Teilkapitel die Rezeption von Mahatma Gandhis politischer Askese dargestellt wird, fasst Buschmann abschließend seine wesentlichen Forschungsergebnisse im Fazit zusammen. In erster Linie sind dies die Befunde, dass die Genese des Hungerstreiks ein Resultat transnationaler Diskurse über die Kontrolle sowohl des eigenen Körpers als auch der eigenen Psyche war und dass sich diese Protestform bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts international etabliert hat. Interessant wäre an dieser Stelle die Diskussion der Frage, inwiefern dieser Prozess tatsächlich eine »Normalisierung« des Hungerstreiks bedeutete. Anderen Protestformen wie etwa dem zivilen Ungehorsam, der sich stets »in der Schwebe zwischen Legitimität und Legalität« (Jürgen Habermas) befindet, wird dieser Entwicklungsstand erst für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts zugeschrieben. Insofern wäre dies nur einer von vielen fruchtbaren Anknüpfungspunkten, für die Maximilian Buschmann mit seiner Publikation eine wertvolle Basis bereitet hat.

Richard Rohrmoser (Mannheim)

Nadine Recktenwald, Räume der Obdachlosen

Nadine Recktenwald, *Räume der Obdachlosen. Urbane Erfahrungen zwischen Fürsorge und Repression, 1924–1974* (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 141), Berlin (De Gruyter Oldenbourg) 2023, 379 S., 21 Abb., 59,95 €

Nadine Recktenwalds Monografie widmet sich den Lebenswelten und den Erfahrungen von obdachlos lebenden Menschen im 20. Jahrhundert. Bislang waren diese in der geschichtswissenschaftlichen Forschung von eher marginaler Bedeutung. Die Studie liefert wichtige Impulse für die Armutsforschung, beleuchtet asymmetrische Machtverhältnisse und die sich inmitten dieser Strukturen etablierenden Erfahrungsräume und Perspektiven der Betroffenen.

Recktenwald konzipiert die Studie plausibel entlang des systemübergreifenden Untersuchungszeitraums von 1924 bis 1974. Die Obdachlosenpolitik in diesem gesamten Zeitraum ist als eine andauernde Ambivalenz zwischen Fürsorge und Bestrafung zu verstehen. In der Weimarer Republik war die staatliche Einflussnahme auf die Obdachlosenfürsorge unübersehbar. So legte beispielsweise das 1924 in Kraft getretene Weimarer Fürsorgegesetz den Städten und Gemeinden die Verpflichtung auf, Obdachlosen eine Unterkunft zur Verfügung zu stellen. In der Zeit des Nationalsozialismus wurden zahlreiche dieser Maßnahmen übernommen. In der Anfangsphase des Nationalsozialismus bestand keine Notwendigkeit für die Entwicklung einer eigenständigen Obdachlosenpolitik, da die meisten bereits bestehenden Regelungen auf Repression setzten und daher 1933 umstandslos in eine explizite Verfolgungspolitik transferiert werden konnten. Auch in der Bundesrepu-

blik Deutschland blieb die Obdachlosigkeit ein Straftatbestand. Die Marginalisierung und Isolierung sogenannter Asozialer in der SBZ/DDR wird von Recktenwald hingegen nur gelegentlich thematisiert.

Mit der Ambivalenz von Strafe und Fürsorge ist ein Grundnarrativ der Studie benannt: das Nebeneinander von staatlichen Vorgaben, deren Auslegung auf kommunaler Ebene und die Erfahrungswelten und Handlungsspielräume jener Menschen, die von der marginalisierenden Politik betroffen waren. Diese Gleichzeitigkeit bestimmte die Erfahrungsräume der Obdachlosen und die Gestalt urbaner Orte wie Straßen, Bahnhöfe oder Asyle. Ablesbar wird das auf lokaler Ebene. Recktenwald beleuchtet die Obdachlosenpolitik der Städte München, Berlin, Leipzig, Bochum, Frankfurt a.M., Gelsenkirchen, Düsseldorf und Stuttgart. Die zeitliche und lokale Setzung ermöglicht den Vergleich der Orte. Es ist dabei legitim, dass Recktenwald einzelne kommunale Befunde transponiert, denn Städte und Gemeinden konnten bei der Auslegung von Bestimmungen zwar eigensinnig handeln – fast ausnahmslos war dies aber mit negativen Folgen für die Betroffenen verbunden.

Recktenwald verbindet in der Studie hermeneutische und soziologische Ansätze, indem sie in einer praxeologischen Zugangsweise nach der *agency* der Betroffenen fragt. Sie nutzt dabei zunächst eine raumanalytische Herangehenswei-

se, wonach sich die Beschaffenheit des sozialen Raums einerseits aus der Gleichzeitigkeit der Praktiken von Polizei, Stadtverwaltungen oder auch Bürger:innen konstituiert und andererseits aus den Erfahrungen der von Obdachlosigkeit betroffenen Menschen. Daraus ergeben sich widersprüchliche Raumkonzeptionen und Erfahrungsräume.

Die Autorin hat den Anspruch, das Bild um die Perspektive der Marginalisierten zu erweitern. Allerdings stößt die Studie auf das Problem der Quellenarmut, denn Selbstauskünfte der Betroffenen sind selten. Sie erscheinen in der Überlieferung häufig nur als Objekte behördlichen Handelns. Mit dem angesprochenen raumanalytischen Ansatz sowie unter Zuhilfenahme diskurs- und bildanalytischer Methoden unternimmt Recktenwald den innovativen Versuch, das Dilemma dieser und vergleichbarer Arbeiten zu lösen. Die Autorin erweitert die der Hermeneutik auferlegten Grenzen durch soziologische und sozialgeografische Ansätze. Ihr Ziel ist es, Subjektivierungsformen sowie die Identitätsbildung der Betroffenen zu rekonstruieren. Die zentrale These des Buchs lautet, dass Obdachlose in der städtischen Öffentlichkeit nicht lediglich passive Elemente blieben, sondern urbane Räume nutzten, umformten und dadurch deren Gestalt mitbestimmten.

Die urbanen Räume »Straße«, »Amt« und »Obdach« bilden die drei Hauptkapitel des Buches. Die einzelnen Kapitel sind der Frage gewidmet, wie die Räume der Obdachlosigkeit konstituiert, strukturiert und erfahren wurden. Im 20. Jahrhundert avancierten die Straßen der Großstädte zum »zentralen Element obdachlosen Lebens«. Die Sichtbarkeit der obdachlosen Menschen im öffentlichen Raum führte dazu, dass sie zum Ziel zahlreicher Segregationsmaßnahmen wurden. Dazu

zählten beispielsweise Platzverweise, Verhaftungen oder eine abschreckende Umgestaltung des öffentlichen Raums. Diese Praktiken führten allerdings zu keiner Lösung des sozialpolitischen Problems, sondern lediglich zu einer Verlagerung. In der Folge eigneten sich die verdrängten Menschen andere urbane Orte an und etablierten dort neue Räume. Konsequenter fragt Recktenwald hier nach der *agency* der Betroffenen: Trotz zahlreicher repressiver Maßnahmen hätte sich dort für die Betroffenen »ein temporäres Vakuum vor den Verfolgungsmaßnahmen« ergeben.

Im Kapitel »Amt« widmet sich Recktenwald den »polykratischen Ordnungsstrukturen« der zuständigen Ämter, durch welche die Erfahrungsräume der Obdachlosen maßgeblich mitbestimmt wurden. Die Ambivalenz von Strafe und Fürsorge wird in diesem Kapitel besonders deutlich. Im Rahmen der Analyse werden Wohnungs- und Sozialämter, Polizeibehörden sowie Gerichte untersucht. Zwar wurde in Weimar die Fürsorge zu einer staatlichen Aufgabe, dennoch zielten die praktischen Maßnahmen weitgehend auf die Disziplinierung, Isolierung oder Verdrängung der Menschen in die urbane Peripherie. Die exkludierende Dynamik resultierte dabei nicht aus einem einheitlichen Vorgehen, sondern aus einem »Zuständigkeitschaos« ohne »Kompetenzkonflikte«. Dies lasse sich damit erklären, dass jede Behörde versuchte, Obdachlose weitestgehend aus dem eigenen Verantwortungs- und Kompetenzbereich fernzuhalten. Das uneinheitliche Vorgehen von Ämtern und Kommunen verhinderte einheitliche Lösungen und eröffnete gleichzeitig »Handlungsspielräume zwischen den Orten der Repression« für die Betroffenen. Diese Handlungsspielräume versucht Recktenwald durch die Selbstauskünfte und Zwischentöne in polizeilichen Ver-

nehmungsprotokollen, Petitionen oder Zeugenaussagen vor Gericht zu rekonstruieren.

Wie die Autorin einerseits selbst einräumt, kann das lediglich eine Annäherung an die tatsächlichen Erfahrungen der Betroffenen darstellen: Ihr Handeln hatte nur wenig Einfluss auf die asymmetrische Gestalt des Sozialraums »Amt«. Recktenwald gelingt es hier andererseits, die Subjektivität der Wahrnehmung der Fürsorgeverantwortlichen aufzuzeigen, die zwischen verschuldeter und unverschuldeter Obdachlosigkeit unterschied und damit oft »gefühlsmäßig« über die weiteren Lebenswege der Menschen entschied. Die Studie verdeutlicht ebenso in konsistenter Weise die Geschlechtsspezifität der Obdachlosenpolitik: So wurden obdachlose Männer als »arbeitsscheu«, obdachlose Frauen mit dem Attribut »gefallen« etikettiert und als sittlich und gesundheitlich gefährdet betrachtet. Damit verbunden war die Unterstellung, sie würden als Prostituierte arbeiten.

Während im Kapitel »Amt« nicht immer deutlich wird, wie sich die *agency* der Obdachlosen auswirkte, lassen sich deren eigensinnige Handlungen im Kapitel »Obdach« deutlicher erkennen. Während für Asyle und Obdachlosenhäuser eher Isolation und Sozialdisziplinierung kennzeichnend waren, etablierten sich an anderen Orten selbstbestimmte Handlungsräume. Dies wird insbesondere bei Betrachtung der Bunker der Nachkriegszeit sowie der sogenannten »Wilden Siedlungen« ersichtlich. Dort eigneten sich Obdachlose urbane Orte an und erschufen so eigene Räume. Bisweilen behaupteten sie diese Räume sogar, indem sie bürokratische Lücken ausnutzten oder gegen ihre Verdrängung protestierten. Allerdings waren auch diese Räume nur selten von Dauer: Jedem der genannten Räume blieb ein

provisorischer und temporärer Charakter eingeschrieben. Zugleich blieben sie niemals vollkommen frei von Kontrolle und Repression.

Die von Recktenwald aufgezeigten Ambivalenzen können als Ausgangspunkt für weitere Forschungsarbeiten dienen, die sich praxeologisch mit historischen Formen der Obdachlosigkeit befassen und asymmetrische Machtverhältnisse berücksichtigen. Dies führt jedoch zu einer wesentlichen Kritik. Die Autorin wendet den praxeologischen und raumanalytischen Zugang zur Thematik nicht immer konsequent an: In vielen Fällen ist unklar, auf welche Weise Menschen einzelne raumkonstitutive Elemente miteinander verknüpfen (synthetisieren) und dadurch eigene Erfahrungsräume formen. An einigen Stellen wären zusammenfassende Erklärungen oder rekapitulierende Einschübe wünschenswert gewesen, die den Lesenden bei der Orientierung hätten behilflich sein können. Ungeachtet dieser Kritikpunkte legt Nadine Recktenwald eine eindrucksvolle und lesenswerte Studie vor, wobei es ihr gelingt, die Lebenswelten der Obdachlosen zu rekonstruieren und sich ihren Erfahrungsräumen anzunähern.

Alexander Rode (Leipzig)

Regina Fritz/Alexander Prenninger/Gerhard Botz/Heinrich Berger (Hg.), Gefangen in Mauthausen

Regina Fritz/Alexander Prenninger/Gerhard Botz/Heinrich Berger (Hg.), Gefangen in Mauthausen (Europa in Mauthausen; Bd. 3), Wien/Köln/Weimar (Böhlau) 2023, 632 S., 45 Abb., 45 €

Barcelona, Kaunas, Mailand, Charkiw, Prag: Menschen aus nahezu allen europäischen Regionen und Ländern wurden im Konzentrationslager Mauthausen eingesperrt und ermordet. Ihre Lebenswege vor, während und im Fall ihres Überlebens auch nach der nationalsozialistischen Verfolgung stehen im Mittelpunkt der vierbändigen Reihe »Europa in Mauthausen«. Während Band 1 diese Geschichte in den Kontext der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Expansionspolitik einordnet, Band 2 sich den verschiedenen Deportationswegen ins Lager widmet und ein ausstehender vierter Band die Nachgeschichte und Erinnerung fokussiert, stehen die Erfahrungen im Konzentrationslager selbst im Mittelpunkt des hier zu besprechenden dritten Bandes. Wie der Name bereits verrät, liegt der Fokus der Reihe auf der europäischen Dimension der Verfolgung und damit auf der Wechselwirkung zwischen nationalsozialistischen Besatzungs- und Deportationspraktiken und der Häftlingsgesellschaft im KZ Mauthausen.

Mit der Publikation der Bände findet ein geradezu monumentales Dokumentations- sowie Forschungsprojekt seinen Abschluss: Bereits 2001 bis 2003 wurden während des *Mauthausen Survivors Documentation Project* 859 Interviews mit Überlebenden in Europa, Nordamerika und Israel in 16 Sprachen geführt. Das Ergebnis ist eine der größten Sammlungen lebensgeschichtlicher Audio- und

Videointerviews einer KZ-Gedenkstätte. Die Sammlung wurde von 2007 bis 2010 im *Mauthausen Survivors Research Project* vergleichend ausgewertet. Die historisch-sozialwissenschaftlich analysierten Interviews bilden die Grundlage der nun, etwa zehn Jahre später, vorliegenden Publikation. Diese Verzögerung führt dazu, dass nicht alle Beiträge vollkommen aktuell wirken, teilweise beruhen die präsentierten Ergebnisse auf vor Jahrzehnten eingereichten Qualifikationsarbeiten. Dies tut der Qualität und Relevanz des Buches allerdings keinen Abbruch. Diese bestehen unter anderem darin, dass der Band zwar von einem einzigen Lagerkomplex ausgeht, die Häftlingsgesellschaft und den »Alltag« im Konzentrationslager aber auch darüber hinaus in einer selten erreichten Breite und Tiefe darstellt.

Methodisch steht das Buch in der Tradition einer Geschichtsschreibung aus der Perspektive der Verfolgten. Der Fokus liegt auf den Handlungsspielräumen und vielfältigen Erfahrungen der Häftlinge als historischen Akteuren. Da es um die Erlebnisse innerhalb des Lagers geht, rücken dabei erwartungsgemäß vor allem Aspekte des Sozialen, der Interaktion mit anderen Häftlingen und der Vergemeinschaftung in den Fokus. Im Mittelpunkt stehen weder, wie noch in frühen Gesamtdarstellungen des KZ-Systems wie *Der SS-Staat* von Eugen Kogon, die Strukturen der Täterinnen und Täter, noch, wie es in Anlehnung an Sofskys fast inflationär zi-

tierte Studie *Die Ordnung des Terrors* in den 1990er bis frühen 2000er Jahren gängig war, die totale Macht der SS in einem abgeschlossenen Kosmos. Vielmehr geht es um die Möglichkeiten und Umgangsweisen von Individuen, die eingebunden waren in komplexe soziale Strukturen. Neben einer Einleitung sind dem Band daher auch zwei übergeordnete Beiträge vorangestellt, die sich dem sozialen Gefüge der Häftlingsgesellschaft widmen. Maja Suderland warnt vor Vereinfachungen beim Blick auf Zwangsgemeinschaften wie jenen in den Konzentrationslagern und plädiert für eine differenzierte Betrachtung auf »mikrosozialer« und »sozialstruktureller« Ebene. Alexander Prenninger ergänzt dies mit seinem Beitrag zu Überlebensfaktoren in der Lagergesellschaft.

Die sich anschließenden Kapitel sind nicht ganz einheitlich gegliedert. Insgesamt enthält das Buch fünf thematisch geordnete Teile zu verschiedenen Aspekten des Lagerlebens, beispielsweise Zwangsarbeit (Kapitel 2), Solidarität (Kapitel 4) oder Gewalt und Tod (Kapitel 5). Die einzelnen Beiträge widmen sich sowohl weiteren Unteraspekten wie Sex als Tauschmittel oder der Lagersprache, als auch einzelnen nationalen Haftgruppen, etwa französischen Häftlingen oder den republikanischen Spaniern. Im Folgenden werden einige Beiträge und Aspekte exemplarisch herausgegriffen.

Die Bedingungen in Mauthausen waren, selbst verglichen mit anderen der Inspektion der Konzentrationslager unterstellten Lagern, besonders tödlich. Die Zahl der Todesfälle stieg bis 1942 »mehr als in jedem anderen Konzentrationslager«. Von den insgesamt etwa 190.000 Menschen, die zwischen 1938 und 1945 im Lagersystem Mauthausen inhaftiert waren, starben ungefähr 90.000, was einer Todesrate von 47 Prozent entspricht.

Zum Vergleich: Im KZ Sachsenhausen waren es etwa 20 Prozent. Doch sagen diese Zahlen, wie Helga Amesberger und Brigitte Halbmayr zutreffend betonen, nichts darüber aus, was diese Alltäglichkeit des Todes für die Häftlinge bedeutete. In ihrem Beitrag liefern sie deshalb auf Grundlage einer Vielzahl von Oral-History-Interviews eine nuancierte Analyse verschiedener Gewaltformen und Strategien zum Umgang mit dem Sterben, die eines deutlich macht: Selbst das Überleben der später Interviewten kann als Teil der Gewalterfahrung begriffen werden – sei es in Form des Verlustes geliebter Angehöriger, des schlechten Gewissens ob des eigenen Davonkommens oder des jahrelangen Kampfes mit den traumatischen Folgen. Neue Perspektiven auf das (Über)leben im Lager bietet auch der Beitrag von Viviana Frenkel und Doris Felsen zum Faktor des Zufalls. Am Beispiel der Erinnerungsberichte italienischer Häftlinge können sie zeigen, dass neben zahlreichen Faktoren wie Sprachkenntnissen oder Bildungsgrad letztlich oft zufällige Gelegenheiten über Leben und Tod entscheiden konnten, was die Interviewten durchaus selbst reflektieren. Trotz aller Sinnhaftigkeit soziologischer Erklärungsmodelle war das Lagerleben von Willkür und Chaos bestimmt – es verbieten sich nachträgliche Sinnkonstruktionen oder gar Heroisierungen.

Es ist eine Stärke vieler Beiträge des Bandes, dass sie von solch einer einzelnen Analysekategorie ausgehen und durch diese theoretisch informierte Linse das Lagerleben in neuem Licht erscheinen lassen. Methodische Zugänge wie Zeit und Raum sind nicht neu, aber der Band beweist ihr weiterhin vorhandenes Potenzial. Piotr Filipkowski und Merethe Aagaard Jensen gehen in ihrem Artikel von der Erkenntnis aus, dass Zeit als

Grundkategorie menschlicher Erfahrung nicht nur etwas Objektives in Form von Abläufen darstellt, sondern es bei der Analyse von Egodokumenten besonders um die Wahrnehmung und Verarbeitung subjektiver Zeitlichkeit geht. Inwiefern räumliche Eigenheiten die Bedingungen der Zwangsarbeit in verschiedenen Außenkommandos beeinflussten, zeigt sich anhand Wolfgang Quatembers Darstellung zur Untertageverlagerung der Rüstungsproduktion ab 1943/44. Faktoren wie Beschaffenheit und Länge des Arbeitsweges (in Ebensee unter anderem eine steile und rutschige Steintreppe) und Eigenheiten der jeweiligen Stollenanlage (relative Wärme im Vergleich zu Arbeitskommandos über Tage im Lager Melk; dagegen stehendes eiskaltes Bergwasser in einem anderen Teil des Stollens) konnten die Haftbedingungen und Überlebenschancen erheblich beeinflussen. Einmal mehr zeigt sich: Zwangsarbeit ist nicht gleich Zwangsarbeit; Hafterfahrung ist nicht gleich Hafterfahrung.

Das ist insgesamt eine Haupterkenntnis des Werkes: Die Diversität der Gefangenen und ihrer Hafterlebnisse werden hier ernstgenommen und so entsteht in der Darstellung eine »kaum fassbare Vielfältigkeit«, wie es Gerhard Botz in seinem Resümee formuliert.

Einige kritische Punkte zum Abschluss: Obwohl es grundsätzlich wichtig ist, aus Primärquellen wie Oral-History-Interviews und Selbstzeugnissen wie Erinnerungsberichten zu zitieren, gerade wenn sie als Grundlage für eine Erfahrungs- und Alltagsgeschichte des Lagerlebens genutzt werden, durchziehen auffällig lange Zitate von teilweise mehr als einer Seite das Buch. Das kann als quellennah bezeichnet werden und bietet Inspiration sowie Material für die eigenen Forschungen, unterbricht aber

teilweise erheblich den Lesefluss. Etwas schade ist außerdem, dass verschiedene europäische Regionen und Länder nicht so gleichwertig repräsentiert sind, wie es in einer Reihe namens »Europa in Mauthausen« zu erwarten wäre. Warum in diesem Band beispielsweise keine eigenen Beiträge zu skandinavischen Häftlingen oder Deportierten aus Ungarn enthalten sind, erschließt sich nicht ganz.

Insgesamt ist dieses Buch aber ein großer Wurf und ein Segen für die historische Forschung zu den Konzentrationslagern in einer Zeit, in der solche übergreifenden Darstellungen keineswegs mehr Konjunktur haben.

Kolja Buchmeier (Oranienburg)

Jan Ruhkopf, Ordnungskonzepte und politisches Verwalten im Bundesvertriebenenministerium

Jan Ruhkopf, *Institutionalisierte Unschärfe. Ordnungskonzepte und politisches Verwalten im Bundesvertriebenenministerium 1949–1961*, Göttingen (Wallstein) 2023, 480 S., 23 Abb., 48 €

Als Teil eines Forschungsprojekts zum Bundesministerium für Vertriebene (BMVt), das am Tübinger Institut für donauschwäbische Geschichte und Landeskunde angesiedelt war, erforscht Jan Ruhkopf in seiner Monografie das »konkrete Agieren des BMVt und die diesem Agieren zugrunde liegenden Diskurse und Kategorien«. Ein zentraler Fokus der Studie ist der Diskurs der »Eingliederung«, womit die soziale, wirtschaftliche, und rechtliche Integration der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft gemeint war. Laut einer häufig verwendeten Formel der frühen bundesdeutschen Politik sei diese »Eingliederung« die »Voraussetzung zur Rückkehr« der Vertriebenen in die verlorene Heimat gewesen.

Ruhkopf macht es sich zum Ziel, die Bedeutung dieser zuerst paradox klingenden Maxime für die zeitgenössischen Akteure im BMVt zu rekonstruieren und ihre bestimmende Rolle für das Handeln des Ministeriums aufzuzeigen. Korrigieren will Ruhkopf dabei eine in der Fachliteratur immer noch weit verbreitete Wahrnehmung des BMVt als »ein Hort des territorialen Revisionismus, infiltriert von am Rande des Extremismus stehenden Vertriebenenfunktionären und parallel durchsetzt mit Personal«, das übermäßig stark NS-belastet war. Laut Ruhkopf agierte das BMVt selten als das Sprachrohr der Vertriebenenverbände und -organisationen, sondern versuchte vielmehr das Störpotenzial, das diese innen- sowie au-

ßenpolitisch darstellten, auf eine Art und Weise zu kanalisieren, die den breiteren Prioritäten der Bundesregierung (z.B. der Förderung und Intensivierung der Westbindung der Bundesrepublik) entsprach. In Anlehnung an jüngere Kritik an dem vornehmlich quantitativen Zugang zur Frage der »NS-Belastung«, der in früheren großen »Behördenforschungsprojekten« dominiert habe, setzt Ruhkopf den Fokus nicht auf das Personal des BMVt, sondern auf die (gesellschaftlichen, territorialen, außenpolitischen) »Ordnungsvorstellungen und -praktiken«, die im konkreten Agieren des Ministeriums zum Vorschein und zur Anwendung kamen. So will er ein Beispiel einer »kulturgeschichtlich informierten ›Neuen Verwaltungsgeschichte«« liefern, das für künftige Behördenforschung nutzbar gemacht werden könnte.

Ruhkopf widmet jedem der drei hauptsächlichen Zuständigkeitsbereiche des Ministeriums ein Kapitel. Ein Kapitel untersucht die Auslandsarbeit des Ministeriums, vornehmlich anhand der Aktivitäten des Staatssekretärs Werner Middelmann, dessen Privatnachlass als eine zentrale Quelle für die gesamte Monografie dient. Ausführlich (und zuweilen etwas überdetailliert) demonstriert Ruhkopf, wie das BMVt und insbesondere Middelmann in seiner Kommunikation mit westlichen Regierungen und Nichtregierungsorganisationen versucht hat, die Eingliederung der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft als ein unverzichtbares Ele-

ment im europäischen Kampf gegen den Kommunismus darzustellen.

Die Forderungen der Vertriebenenorganisationen selbst hatten oft weniger mit der Integration ihrer Mitglieder in die Bundesrepublik zu tun, als mit der Einforderung der Rückgabe verlorener Territorien oder mit dem Pochen auf ihr »Recht auf Heimat«. Das BMVt habe in seiner Auslandsarbeit nicht nur auf solche Forderungen verzichtet, sondern mit anderen Bundesministerien zusammengearbeitet, um eine (in den Worten Ruhkopfs) »interministerielle Phalanx gegenüber den Vertriebenenorganisationen« zu bilden und deren Kontakte mit dem westlichen Ausland zu begrenzen. Denn das BMVt sah, dass die revisionistischen Forderungen der Vertriebenenorganisationen – zu denen sich das BMVt im Inland offiziell noch bekannte – die außenpolitische Nutzenbarmachung des Vertriebenenproblems durch die Bundesregierung gefährden würden, sollten sie im westlichen Ausland lautstark artikuliert werden.

Ein anderes Kapitel ist der Wissenschaftspolitik des Ministeriums gewidmet. Die Rolle des Ministeriums in der Finanzierung und Koordinierung der mehrbändigen *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost- und Mitteleuropa* ist in den letzten Jahrzehnten bereits mehrfach Forschungsgegenstand gewesen. Ruhkopf geht auf diesen Aspekt der Wissenschaftspolitik des BMVt wenig ein und konzentriert sich stattdessen auf die Rolle des Ministeriums bei der Koordinierung der »Forschungsgruppe Eingliederung« sowie seine versuchte Einflussnahme auf ihr mehrbändiges Endprodukt, *Die Vertriebenen in Westdeutschland*. Ein besonderes Augenmerk dieses Kapitels gilt der Verwurzelung vieler der vom Ministerium angestellten und herangezogenen Expert_innen in stark mit

dem Nationalsozialismus und seinem Aufkommen verwobenen Disziplinen und Denktraditionen, wie z.B. den Bevölkerungswissenschaften, der Ostforschung, oder der Raumordnungsforschung. Einige jener Expert_innen hatten auch ihr Fachwissen während der NS-Zeit im Dienst des Staates zur Anwendung bringen können, z.B. in den Raumordnungsplanungsreferaten im Reichsprotektorat Böhmen und Mähren. In diesem Kapitel wird Ruhkopf seinem selbst gesetzten Anspruch, neue methodische Zugänge zur Behördenforschung anzubieten, am besten gerecht.

Das dritte, etwas schmaler ausfallende Hauptkapitel behandelt zwei innenpolitische Verantwortungsbereiche des BMVt, nämlich die Medienpolitik und die Geschädigtenpolitik.

In der Analyse der Aktivitäten des BMVt hinsichtlich weiterer Gruppen von »Kriegsgeschädigten«, für die es neben den Vertriebenen auch Verantwortung trug, zeigt Ruhkopf die Grenzen des Eingliederungskonzeptes auf. Dies wird am ehesten sichtbar im Umgang des Ministeriums mit nichtdeutschen Displaced Persons, die ab 1951 in der Bundesrepublik den rechtlichen Status von »heimatlosen Ausländern« erhielten. Offiziell waren sie kraft dieses Status den deutschen Staatsangehörigen in vielen Rechtsbereichen gleichgestellt. In einer 1951 vom BMVt für heimatlose Ausländer produzierten Broschüre schimmerte aber eine ganz andere Auffassung ihrer rechtlichen Position durch. Dort wurden sie als glückliche Empfänger einer bevorzugten Behandlung durch den westdeutschen Staat dargestellt, derer sie sich »allzeit würdig erweisen« mussten.

Wie Ruhkopf anmerkt, entspricht diese Auffassung eher der Ausländerpolizeiverordnung des Jahres 1938 als der tatsächlichen Rechtslage. Dabei hätten allen voran die Mitarbeiter des BMVt es

besser wissen sollen, denn das Gesetz über die Rechtsstellung der heimatlosen Ausländer wurde im BMVt selbst erarbeitet. In der Studie wird aber weder auf die Rolle des BMVt bei der Herausarbeitung dieses Gesetzes, noch bei der Gesetzgebung allgemein eingegangen – auch nicht bei Gesetzen, für welche es die federführende Verantwortung trug, wie das Bundesvertriebenengesetz von 1953. Das ist eine markante Leerstelle, zumal die Quellenlage eine fundierte Auseinandersetzung mit dieser Frage für mindestens einige wichtige Gesetzesvorhaben (Bundesvertriebenengesetz, Gesetz über die Rechtsstellung der heimatlosen Ausländer, Staatsangehörigkeitsregelungsgesetze) erlaubt.

Es gäbe noch einige andere Mängel an der Studie zu benennen. Auch bei der expliziten Fokussierung auf »Ordnungskonzepte und -praktiken« wären an einigen Stellen mehr Informationen über die einzelnen Akteure und deren Vergangenheit wünschenswert. (Wer leitete z.B. das Referat, das die Broschüre für die heimatlosen Ausländer erstellte?) Insgesamt gelingt es Ruhkopf aber, das Bild des BMVt als revisionistisches Sprachrohr der Vertriebenenorganisationen innerhalb der Bundesregierung überzeugend zu kritisieren und durch ein viel differenzierteres zu ersetzen, das die gemäßigte Position des Ministeriums hervorhebt. Gleichzeitig leistet er mit seiner Fokussierung auf die »Ordnungskonzepte und -praktiken« zur Messung des Ausmaßes und der Folgen von NS-Kontinuitäten einen wertvollen Beitrag zur methodischen Weiterentwicklung der Behördenforschung, die in der Vergangenheit manchmal dem Personellen zu einseitig verhaftet geblieben ist. Ruhkopfs starker Fokus auf Verwaltungshandeln und die es bestimmenden Diskurse als die Orte, an denen die Nachfolgen des Nationalsozialismus sichtbar

und wirksam werden, könnte auch für künftige Forschung nutzbar gemacht werden – auch wenn man dies in künftigen Arbeiten etwas ausgewogener neben der Darstellung einzelner Akteure und deren Biografien eingesetzt sehen möchte.

Nicholas Courtman (London)

Peter Leßmann-Faust, IG Metall und Betriebsrat im Volkswagenwerk

Peter Leßmann-Faust, »Wenig zu bestellen« in Wolfsburg? IG Metall und Betriebsrat im Volkswagenwerk (1945–1975), Frankfurt a.M./New York (Campus) 2024, 253 S., 38 €

Der Volkswagen-Konzern ist ein Symbol des rheinischen Kapitalismus. Dessen Befürwortern gilt er als Erfolgsmodell gewerkschaftlicher Mitbestimmung und staatlicher Industriepolitik. Seine Kritiker sahen die Wolfsburger Autoschmiede dagegen als Hochburg eines wettbewerbsfeindlichen »Gewerkschaftsstaates«. Denn dort hält das Land Niedersachsen ein Fünftel der Anteile und sichert sich eine gesetzliche Sperrminorität, ein eigenes »VW-Gesetz« erlaubt der Belegschaftsvertretung ein Veto gegen Werkschließungen. Beide Erzählungen betonen gewerkschaftliche Stärke und konnotieren sie je nach Standpunkt als Segen oder Fluch.

Diese vermeintliche Stärke hinterfragt Peter Leßmann-Faust mit seiner präzise geschriebenen Fallstudie über die Betriebsratsarbeit im Wolfsburger Stammwerk. Seine Kernthese ist, dass gewerkschaftliche Stärke im einstigen NS-Vorzeigebetrieb über Jahrzehnte hinweg brüchig war: Erfolge erzielte der Betriebsrat bis Ende der 1960er Jahre nur im Fahrwasser der Unternehmensleitung. Erst ein doppelter Generationenwechsel in Unternehmensleitung und Betriebsrat sowie Absatzkrisen brachen dieses Muster um 1971 auf. Erstmals sahen sich IG Metall und Betriebsrat gezwungen, eigene Konzepte für das Unternehmen zu entwerfen. In diesem späten Akt der Emanzipation sieht Leßmann-Faust die historischen Wurzeln der heutigen Position des VW-Betriebsrates, den er als »betriebliche Ordnungsmacht« beschreibt. Der Begriff,

den Leßmann-Faust erst im Fazit bemüht, spielt auf gewerkschaftspolitische Kontroversen der 1970er Jahre an, die Eberhard Schmidt mit dem Gegensatzpaar »Ordnungsfaktor oder Gegenmacht« auf den Punkt brachte. Die damalige Debatte war geprägt von sozialdemokratischen Hoffnungen auf eine Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft – und der Ahnung, dass die DGB-Gewerkschaften sich längst in der Bundesrepublik eingerichtet hatten, wie es erstmals 1960 Theo Pirker in seinem Klassiker *Die blinde Macht* beklagt hatte.

Leßmann-Faust grenzt sich ab von »selbstgefälliger Gewerkschaftsgeschichtsschreibung« in IG-Metall-Eigenveröffentlichungen und sieht seine von Volkswagen finanziell unterstützte Arbeit als Fortschreibung »emanzipativer und kritischer« Arbeiten der 1980er Jahre, namentlich führt er Udo Riechert und Günter Koch an. Dem wird er mit seiner Analyse durchaus gerecht – in der Wertung neigt er jedoch zum in der Geschichte industrieller Beziehungen aktuell vorherrschenden Narrativ von Gewerkschaften, die sich ihren Platz erkämpft haben und Teil des Unternehmenserfolgs sind.

Was Leßmann-Faust interessiert, sind die Mühen der Betriebsarbeit und die Brüchigkeit gewerkschaftlicher Organisation in einem der größten Industriebetriebe Westdeutschlands. Er nutzt dafür Protokolle von Betriebsrat und Betriebsversammlungen aus dem VW-Unternehmensarchiv, die er durch Gegenüberstel-

lung mit Dokumenten der IG Metall aus dem Bonner Archiv der Sozialen Demokratie (AdSD) zum Sprechen bringt. Die Methode ist politikgeschichtlich, könnte auch mikrohistorisch genannt werden, denn in den späten 1940er Jahren war das Wolfsburger Werk mit weniger als 10.000 Beschäftigten ein überschaubarer Sozialraum. Diesen leuchtet Leßmann-Faust auch mit biografischen Einschüben zu seinen Protagonisten aus – was ihm gelingt, ohne in die Falle einer Personalisierung zu tappen.

Die Studie arbeitet sich in vier Hauptkapiteln chronologisch vor, wobei das dritte Kapitel zu »Mitbestimmung in der Aktiengesellschaft« einen Ebenenwechsel vom Betriebsrat zum Aufsichtsrat vollzieht und dadurch auch Rückblenden vornimmt. Den Hauptteil des Werkes nimmt mit 211 Seiten die Zeit bis Anfang der 1960er Jahre ein, das vierte Kapitel über Mitbestimmung in Krisenzeiten ab 1966 ist mit 16 Seiten dagegen sehr kurz geraten. Allerdings liegt darin ein Alleinstellungsmerkmal des Buches – die Mehrheit der historischen und industriesoziologischen Literatur zur Mitbestimmung im Volkswagen-Konzern setzt erst in den 1970er Jahren ein. Leßmann-Faust füllt somit eine Lücke und wertet eine wenig beachtete »Vorgeschichte« zum eigenen Untersuchungsgegenstand auf.

Leitmotiv und Untersuchungsgegenstand sind die Nachwirkungen des Nationalsozialismus vor 1970. Dem NS-Regime verdankte das 1938 gegründete Volkswagenwerk seine Existenz, sozialdemokratische oder kommunistische Traditionen fehlten nach 1945. Nicht nur die Werksleitung, personifiziert durch den von 1948 bis 1968 amtierenden Direktor und Vorstandsvorsitzenden Heinrich Nordhoff, dachte in den Kategorien einer »Betriebsgemeinschaft« ohne Klassenwiderspruch, wie es

die NS-Ideologie postulierte. Auch die Arbeitenden waren im Gefolgschaftsdenken sozialisiert und betrachteten Gewerkschaft als äußeren Störfaktor. Jedoch war »Gemeinschaft« prekär, es gab hohe Fluktuation, wobei Neueinstellungen sich aus einem Arbeitskräftepool Vertriebener und Geflüchteter aus der nur wenige Kilometer entfernten SBZ/DDR rekrutierten. Auch diese brachten viel Antikommunismus, aber wenig gewerkschaftliche Bindungen mit. Eindrücklich beschreibt Leßmann-Faust Betriebsversammlungen der 1950er Jahre: Im Zentrum Direktor Nordhoff, der »seine« Leute als »Arbeitskameraden« begrüßt und soldatische Disziplin fordert, im Gegenzug dann Sozialleistungen und Erfolgsbeteiligungen verkündet. Nordhoff erntete dafür Jubel, der nach ihm redende Betriebsrat Pfiffe. Ein Arbeiter fühlte sich 1954 gar eingeladen, seinen Redebeitrag mit der Formel »Heil Hitler« zu beenden. Die ideologische Vorprägung der Belegschaft, aber auch die Abwesenheit betrieblicher Konflikte verfestigten eine Konstellation, in der die Wolfsburger Wirtschaftswunder allein der Unternehmensleitung zugeschrieben wurden. Dem Betriebsrat überließ die Direktion dagegen konflikthafte Aufgaben von Lebensmittelzuteilungen bis hin zur Verteilung der Parkplätze am Werk. Aller Ärger der hier zu kurz gekommenen entlud sich bei der Gewerkschaft.

Dass es auch anders ging, zeigt der Autor in einem Exkurs über die Stahlwerke in Salzgitter, als Reichswerke Hermann Göring ebenfalls ein einstiger NS-Musterbetrieb. Hier profilierten sich nach 1945 dissidente Kommunisten rund um die spätere Gruppe Arbeiterpolitik in Protesten gegen die Demontage des Werks. In Wolfsburg dagegen sieht Leßmann-Faust einen »Wohlstand ohne Kampf«, der die Hegemonie der Werksleitung und

den »Geruch der DAF-Ära« zementierte. Die NS-Massenorganisation Deutsche Arbeitsfront war Gründerin des Volkswagenwerks und führte den Betrieb bis Kriegsende.

In dieser Defensive griff die IG Metall zu einer bis heute wenig diskutierten Integrationsstrategie: Sie tolerierte die Kandidatur ehemaliger NSDAP-Mitglieder auf ihrer Betriebsratsliste, um offen neonazistische Listen einzuhegen. Exponent dieser Politik war der 1951 angetretene Betriebsratsvorsitzende Hugo Bork. Er war 1925 in die SPD eingetreten, gehörte ab 1939 der NSDAP an und engagierte sich nach Kriegsende wieder in SPD und IG Metall. Bork wirkte als Integrationsfigur für beide Lager – auch wenn er niemanden wirklich begeisterte. Unterstützt wurde Bork vom charismatischen IG-Metall-Vorsitzenden Otto Brenner, der während der NS-Zeit als Widerständler im Gefängnis gesessen hatte. Brenner wußte um Borks Vergangenheit und wollte ihn gezielt als Gegengewicht zu Nordhoff aufbauen. Bork nahm die Hilfe an, verbat sich aber nach Festigung seiner Position jede Einmischung der IG Metall.

Es gelang ihm, die nach einem Korruptionsskandal für die Gewerkschaft zunächst vertrackte Lage zu stabilisieren. Die IG Metall errang über Jahrzehnte hinweg eine Mehrheit im Wolfsburger Betriebsrat, stets war der Vorsitzende ein Sozialdemokrat. Die Aktivität neonazistischer Strömungen im Werk ebte Ende der 1960er Jahre ab, Hugo Bork wurde 1961 in Personalunion Oberbürgermeister von Wolfsburg. Jedoch verschaffte die Integration den Rechten über mehr als ein Jahrzehnt hinweg Zugang zu den Ressourcen des Betriebsrates und legitimierte ihr Tun. Leßmann-Faust urteilt, dass letztlich eine »entpolitisierende Konsumdemokratie« die Mobilisierungsfähigkeit

rechter Politik in Wolfsburg ab Mitte der 1950er Jahre begrenzte. Otto Brenners Hoffnungen, die Rechten erst zu neutralisieren und danach in die Offensive hin zum Aufbau einer Gemeinwirtschaft zu kommen, erfüllten sich dagegen nicht. Siegfried Ehlers, der 1971 als »der Neue« den Vorsitz des Betriebsrats übernahm, teilte Brenners Konzept einer offensiven Interessenvertretung – nicht aber seine gesellschaftspolitischen Ziele. Für diese schien der Zug abgefahren. Eine Stunde Streik im Jahr 1957 – das war der Beitrag der VW-Belegschaft in der Debatte um die umstrittenen Eigentumsverhältnisse im Werk, das nach dem Abzug der Briten treuhänderisch vom Land Niedersachsen verwaltet wurde. Angesichts dieses eher symbolischen Einsatzes etablierte das 1960 verabschiedete VW-Gesetz in Wolfsburg keine Gemeinwirtschaft, sondern wurde zur ersten groß angelegten Privatisierung der Bundesrepublik. Niedersachsen und der Bund hielten je ein Fünftel der Anteile, die Mehrheit ging an private Eigentümer. Je nach Betrachtung ist es Tragödie oder Triumph der Wolfsburger Mitbestimmung, dass sie erst innerhalb dieser privatkapitalistischen Strukturen ihre Stärke fand.

Leßmann-Fausts Studie liest sich mit Gewinn, sie ist relevant nicht nur für die Unternehmens- oder Gewerkschaftsgeschichte, sondern findet hoffentlich auch in der Forschung zum Nationalsozialismus ihre Beachtung. Denn der Autor zeigt, dass sich dessen Nachwirkung nicht auf Täterbiografien in Behörden beschränkte, sondern auch die Arbeitswelt erfasste und dort einer Demokratisierung entgegenwirkte. Es drängt sich der Gedanke auf, ob nicht eine Kontinuität oder gar Genealogie von der NS-Betriebsgemeinschaft zur bundesdeutschen Sozialpartnerschaft existiert – doch solche Zuspitzungen über-

lässt Leßmann-Faust den Leserinnen und Lesern.

Ralf Hoffrogge (Berlin)

Yvonne Robel, Eine Wahrnehmungsgeschichte des Nichtstuns in der Bundesrepublik

Yvonne Robel, *Viel Lärm um nichts. Eine Wahrnehmungsgeschichte des Nichtstuns in der Bundesrepublik* (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte; Bd. 63), Göttingen (Wallstein) 2024, 426 S., 9 Abb., 40,00 €

Glücklich mag man eine Gesellschaft nennen, die es sich erlaubt, Freizeit zu einem der herausragendsten »Probleme« der Zeit zu erklären. Noch erstaunter registriert der Leser, dass es sich dabei nicht um irgendeine Gesellschaft handelte, sondern um die bundesrepublikanische der 1970er Jahre, die doch zeitgleich von unterschiedlichen und sich überlagernden – ob realen oder diskursiv erzeugten – Krisenphänomenen erfasst war, wie die zeithistorische Forschung in den vergangenen Jahren herausgearbeitet hat. Was reizte (prominente und heute weniger beachtete) Journalist*innen, Sozialwissenschaftler*innen, Theolog*innen und Intellektuelle unterschiedlichster Couleur nun daran, derart viel Gedankenschmalz, Aufwand und vor allem auch Zeit dafür einzusetzen, das Nichtstun – und vor allem natürlich am liebsten das Nichtstun der anderen – zu bemessen, zu ergründen und wertend einzuordnen? Und warum beschäftigt sich eine Historikerin schließlich mit diesem in alle Richtungen wuchernden Konvolut an Auslassungen zum Nichtstun, zur Muße und zur Faulheit?

Yvonne Robel findet in ihrer Arbeit Antworten auf diese Fragen. Was sie den Leser*innen anbietet, ist eine bundesrepublikanische Diskursgeschichte über das Nichtstun, das Faulsein und vielleicht etwas breiter noch die Freizeit. Darin entlarvt sie einerseits durch medial verbreitete Geschichtsformate sattsam am

Leben gehaltene Mythen als eben solche. Die »Gammler und Gammlerinnen« erleben so den in den immer wieder gezeigten Filmausschnitten zum Ausdruck kommenden Hass seitens zum Kommentar aufgeforderter Passant*innen – zugleich aber auch Verständnis oder nur ironisch distanziertes Desinteresse. Gleiches gilt für die Punks der 1980er Jahre.

Andererseits weist Robel ebenso nach, dass über das Nichtstun immer breitere und sozial, kulturell und politisch relevante Themen verhandelt wurden (und sicher noch werden): Wie man leben möchte, welche Rolle die Arbeit im eigenen Leben einnehmen sollte, wer verpflichtet sein könnte für das »Faulsein« anderer aufzukommen, wie vielleicht auch neu über soziale Ungleichheiten nachgedacht werden müsste, wenn die »work-rich, time-poor«-Schichten (Sullivan/Gershuny) merken sollten, dass ihnen im Leben doch etwas fehlt, nämlich »Zeitwohlstand« (Opaschowski). Auf diese Fragen wurden durchaus zeitspezifische Antworten gefunden. Robel stellt allerdings fest, dass die zentralen Brüche der bundesrepublikanischen Gesellschaftsgeschichte (so zum Beispiel die späten 1960er Jahre) für das Thema Freizeit eine weit geringere Rolle gespielt haben, als man vielleicht annehmen könnte. Sie macht vielmehr einen Wandel in den 1980er Jahren aus. Da sei es nicht mehr so sehr um die Gesellschaft als solche gegangen, sondern um den »dis-

kursiven Stellenwert des Individuums« und vor allem um dessen Gesundheit. Das, was heute unter Work-Life-Balance und Versuchen, Arbeit und Freizeit möglichst ausgeglichen zu rhythmisieren, verstanden wird, war hier schon angelegt – Robel beweist für die 1990er und 2000er Jahre dazu noch die besondere Relevanz von Ratgeberliteratur, die ihren Leser*innen zu einem solchen Zustand verhelfen sollte.

Gerade diese Beobachtungen sind auch aus einer gegenwärtigen Perspektive wichtig, weil man sich die Frage stellen könnte, ob aktuelle Debatten um eine vermeintlich »faule Generation Z« und das *quiet quitting* die Diskursspirale nicht wieder in aus den 1950er bis 1970er Jahren bekannte Gefilde zurückdrehen, in denen vor allem die vermeintlichen gesellschaftlichen Folgen einer angenommenen wachsenden Lust am Nichtstun im Vordergrund standen.

Robel untersucht in ihrer Arbeit ein breites Feld an Quellen; sie durchforstet Zeitungsarchive, hebt lang vergessene Rundfunkschätze, wertet sozialwissenschaftliche, pädagogische und theologische Einlassungen zum Thema aus. Vor allem lässt sie den Nichtstuer*innen (die natürlich nie wirklich nichts tun, nur eben nicht das, was eine Arbeitsgesellschaft oder auch Konsumgesellschaft von ihnen als systemerhaltend erwartet) den Raum, selbst über ihre Motivationen, Erfahrungen und Praktiken Auskunft zu geben. Schon allein die breite Masse derer, die meinten, sich zum Nichtstun äußern zu müssen, ist frappierend. Der Band ist dabei chronologisch gegliedert, beginnend in den 1950er Jahren, in denen sich eine Gesellschaft im Wiederaufbau neben der so häufig beschriebenen Betriebsamkeit auch nach ruhigeren Zeiten und Orten (bei Robel passend als »Ferne Faule« bezeichnet) sehnte; über die 1960er bis 1980er

Jahre, in denen Zeit zum »Privileg« wurde; bis hin zur verschärften Politisierung des Nichtstuns seit den 1970er und 1980er Jahren.

Was Robel vorlegt, ist eine sehr spezifische Geschichte der Bundesrepublik. Das Selbstverständnis eines spezifisch »deutschen« Fleißes wird der Sehnsucht nach dem vermeintlich anderswo wie selbstverständlich zelebrierten »süßen Nichtstun« entgegengestellt. Das Buch ist so ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der Freizeit, die immer noch in ihren Kinderschuhen steckt, sich mit Robels Monografie nun aber anschickt, diesen zu entwachsen.

Ein wenig hätte man sich vielleicht noch gewünscht, dass Marker sozialer Ungleichheit stärker herausgestellt und thematisiert worden wären; Lebensalter (*age*) und hier vor allem der diskursive Umgang mit jugendlichem Nichtstun kommt durchaus prominent vor. Rentner*innen dagegen nur am Rande – dabei sind sie es doch gerade, die qua definitionem über reichlich arbeitsfreie Zeit verfüg(t)en und das im Laufe des 20. Jahrhunderts immer mehr, wohingegen mit der Verlängerung der Lebensarbeitszeit ein Rückgang einzutreten scheint. Kinder und die Klage über ihre Zwangslage zwischen langen Schultagen an Vor- und ausgiebig gepflegten Freizeitaktivitäten an Nachmittagen wären sicher ein ebenso spannendes Untersuchungsfeld. Auch *gender* wird durchaus thematisiert, hätte aber noch zentraler gestellt werden können, das Gleiche gilt für *race* und *class*.

Das sind allerdings nur Klagen auf allerhöchstem Niveau: Robels Band füllt eine Forschungslücke, von der man vor der Lektüre gar nicht gedacht hatte, dass sie existierte. Von der unbedingten Notwendigkeit, sie zu schließen, ist man im Anschluss aber restlos überzeugt. Es bleibt zu hoffen, dass Robels Studie der histo-

rischen Freizeitforschung einen weiteren Schub gibt, um sie in der Mitte des Fachs zu verankern.

Jonathan Voges (Hannover/Potsdam)

Henrike Voigtländer, Sexismus im Betrieb

Henrike Voigtländer, Sexismus im Betrieb. Geschlecht und Herrschaft in der DDR-Industrie (Kommunismus und Gesellschaft; Bd. 13), Berlin (Ch. Links Verlag) 2023, 471 S., 35,00 €

In den letzten Jahren hat die historiografische Beschäftigung mit Fragestellungen am Schnittfeld von Arbeit, Geschlecht und Arbeiter:innenbewegung beziehungsweise Sozialismus wieder Fahrt aufgenommen. Sie sind nicht zuletzt auch durch die #MeToo-Bewegung verstärkt ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gekommen. Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist ein (wenn auch oftmals tabuisiertes) Thema, mit dem sich Gewerkschafter:innen schon seit dem 19. Jahrhundert und jüngst Historiker:innen wie etwa Anneliese Orleck oder Diane P. Koenker beschäftigten. Mit ihrer umfangreichen und sorgsam recherchierten Publikation schließt sich Henrike Voigtländer nicht nur diesen Forschungen an, sondern legt eine wichtige Studie vor, auf der in Zukunft aufzubauen sein wird.

Voigtländer untersucht, wie »Funktionsweisen von Sexismus« in Industriegesellschaften die Handlungsräume von Frauen (und Männern) und die Sozialbeziehungen von Akteur:innen am Arbeitsplatz gestaltet haben. Die Autorin definiert für ihre Studie Sexismus als »sexualisierte und vergeschlechtliche Praktiken«, die »patriarchale Herrschaft legitimieren«. Die Wirkung von Sexismus trete auf vier Ebenen zu Tage, nämlich auf der institutionellen, der kulturell-epistemischen, der individuell-personalen und der strukturellen Ebene.

Die Autorin untersucht Sexismus und »von Sexualität geprägte Praktiken« im Zeitraum von 1965 bis 1989 in zwei gro-

ßen DDR-Industriebetrieben: dem VEB Carl Zeiss Jena und dem VEB Leuna-Werke »Walter Ulbricht«. Im Zentrum der Studie stehen Praktiken und weniger (frauen- und gleichheits-)politische Vorgaben. Um diese zu untersuchen, zieht Voigtländer eine ganze Reihe unterschiedlicher Quellen zu Rate: Das Korpus reicht von Organisationsunterlagen der SED-Industrie-Kreisleitungen sowie FDGB-Organisationen (besonders der Frauen-, Kontroll- und Konfliktkommissionen), Eingaben von Einzelpersonen an die Direktionen der Betriebe und Berichten des »Betriebsschutzes« der Volkspolizei und von Informant:innen bis hin zu Protokollbänden, Brigadebüchern, Werkszeitungen, belletristischer Literatur und Film oder Interviews, die von der Autorin geführt wurden. Basierend auf theoretischen Konzepten wie Alf Lüdtkes »Herrschaft als soziale Praxis« und »Eigen-Sinn« oder R.W. Connells »hegemonialer Männlichkeit« erfolgen »mikrohistorische Tiefenbohrungen« in den zwei DDR-Kombinaten. Diese waren durch ein relativ ausgeglichenes Geschlechterverhältnis geprägt und strukturell vergleichbar, in beiden Kombinaten waren zum Beginn des Untersuchungszeitraums Frauen überwiegend als Ungelernte beschäftigt, was sich mit der Zeit veränderte. Voigtländer fasst diese Betriebe anderen Studien zur DDR folgend als »Vergesellschaftungskern«. Sie betont deren Rolle als »Produzent von Herrschaft in Bezug auf Geschlecht und Sexualität« im Gesellschaftssystem der

DDR, in dem »Lohnarbeit zum Kernpunkt der gesellschaftlichen Veränderungen« wurde.

Das Buch ist nach einer umfangreichen theoretischen und historiografischen Verortung in vier inhaltliche Teile gegliedert: Im ersten Abschnitt setzt sich die Autorin mit den gleichberechtigungspolitischen und betrieblichen Rahmenbedingungen auseinander. Der »Geschlechtervertrag der DDR« mit seinem Frauenförderungsparadigma geriet mit weit zurückreichenden, hegemonialen Geschlechtervorstellungen in Konflikt und führte zu Aushandlungen der Machtbeziehungen unter den Akteur:innen. Männliche Kollegen beschwerten sich nicht selten über (vermeintliche) Bevorzugungen von Frauen etwa durch den Hausarbeitstag oder frauenspezifische Weiterbildungsprogramme. Aber auch »Praktiken des Sichschönmachens« und eine bestimmte »weibliche Soziabilität«, die von Frauen erwartet wurde, konnten zu Konflikten führen. Gemeinsam mit informellen und formellen Männer-Netzwerken formten diese Praktiken Arbeitsbeziehungen und Aufstiegsmöglichkeiten von Frauen. So war auch der Betrieb durch Alltagssexismus und geschlechtsspezifische Normen und Praktiken bestimmt.

Den Betrieb als Ort, an dem Sexual- und Paarbeziehungen eingegangen wurden, lotet der nächste inhaltliche Schwerpunkt aus. Voigtländer widmet sich den unterschiedlichen Interventionen in diese Beziehungen durch Akteur:innen des Betriebes, wogegen sich bis 1989 zunehmend Widerstand regte. Es waren aber gerade die Paarbeziehungen von Arbeitsmigrant:innen, die in der DDR über bilaterale Abkommen zum Beispiel in Vietnam, Polen oder Mozambique rekrutiert wurden, die besonders überwacht und in die gegebenenfalls (auch rassistisch

motiviert) eingegriffen wurde, wie etwa im Fall von Abschiebungen schwangerer Arbeiterinnen. Da der Betrieb in der DDR ein zentraler Ort der Vergemeinschaftung war, zeigt das Aktenmaterial auch, dass Frauen sich selbst etwa in Fällen von gewaltvollen Paarbeziehungen an gewerkschaftliche oder Parteifunktionärinnen für Unterstützung etwa bei Neuverteilung von Wohnraum wandten.

Die Funktion von betrieblichen Akteur:innen als Anlaufstelle für Betroffene sexualisierter Gewalt wird auch im nächsten Teil deutlich. Neben einer kritischen Auseinandersetzung mit den Narrativen von Zeitzeug:innen über alltägliche Situationen der Belästigung wird anhand von Fallbeispielen aus dem Quellenmaterial nachgezeichnet, wie mit Sexualstraftätern und Fällen von sexualisierter Gewalt umgegangen wurde. Dabei stellt sich heraus, dass diese sowie andere Situationen von Alltagssexismen von betrieblichen Akteur:innen und Betroffenen vor allem als »Angriff auf ihre soziale Position als Arbeiterin, Kollegin oder Genossin« dargestellt wurden, was wiederum (wenn auch beschränkte) konkrete Handlungsmöglichkeiten bot. Vorfälle sexueller Belästigung und Gewalt konnten so als Arbeitskonflikte im Rahmen innerbetrieblicher Strukturen behandelt werden. Allerdings, so Voigtländer, lud das Framing von sexualisierten Übergriffen als Arbeitskonflikte betriebliche Akteur:innen zur »strategischen Indifferenz« ein: Sie wurden nur dann tätig, wenn sie ein Interesse an der Beilegung des Vorfalles hatten.

Der letzte Teil der Studie widmet sich unterschiedlichen »Foren medialer Sexualität« im Betrieb. Medial vermittelter Sexismus und Darstellungen von Sexualität stellen sich als wesentlicher Teil der Unterhaltungskultur am Arbeitsplatz heraus. Dieser Befund wird bereits beim

ersten Blick auf das Cover des Buches deutlich, auf dem eine Arbeiterin abgebildet ist, die Ende der 1980er Jahre vor einem Foto einer nackten Frau am Strand in einem Pausenraum des Berliner Stralauer Glaswerks Geschirr abwäscht. Die Dekoration von Wänden mit Aktfotos war eine weit verbreitete Praxis, die ebenso wie die Weitergabe von »Schundliteratur« und pornografischen Bildern geahndet werden sollte (und teilweise wurde). Aber auch in anderen Medien, wie etwa in Betriebszeitungen, Brigadebüchern oder Taschenkalendern wurden (meist, aber nicht nur) nackte Frauen zunehmend fester Bestandteil der betrieblichen Kultur, genauso wie anzügliche Tanzaufführungen oder Modeschauen bei Feiern. Diese Repräsentation von Sexualität war Teil einer transnationalen, spezifisch staatssozialistischen Medienkultur, die von einem »konsumistischen Modernisierungsprozess« geprägt war und die Beschäftigten und den Betrieb an die Partei binden sollte. Betriebsmedien in der DDR folgten vor allem den Vorbildern von Ländern wie Polen oder Ungarn, auch wenn ebenfalls westliche Einflüsse gegeben waren.

Die Schwerpunkte der Studie zeigen – wie vom Coverfoto auf den Punkt gebracht –, dass der Arbeitsalltag in den beiden untersuchten Industriebetrieben auf institutioneller, kulturell-epistemischer, individuell-personaler und struktureller Ebene von Sexismus gekennzeichnet war und (vor allem weibliche) Akteurinnen den auf Gleichberechtigung abzielenden »Geschlechtervertrag der DDR« beständig und konfliktreich aushandeln mussten. Die Studie zeigt auch, dass diese Gleichberechtigungsnorm ihre Grenzen hatte und sexualisierte Gewalt sowie Alltagssexismen normalisiert waren. Durch den Einbezug aktueller Forschung und die differenzierte, intersektionale Analyse ist

Sexismus im Betrieb ein anregender Beitrag sowohl zu einer Alltagsgeschichte der Arbeit wie auch zu den gegenwärtigen geschichtswissenschaftlichen Debatten um Frauenpolitik, Geschlechtergerechtigkeit und Handlungsmacht von Frauen.

Veronika Helfert (Wien/Montréal)

Florian Greiner, Die Entdeckung des Sterbens

Florian Greiner, *Die Entdeckung des Sterbens. Das menschliche Lebensende in beiden deutschen Staaten nach 1945 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte; Bd. 137), Berlin/Boston (De Gruyter Oldenbourg) 2023, 676 S., 33 Abb., 79,95 €*

Florian Greiner widmet sich einem Thema, das alle Menschen irgendwann betrifft: dem Sterben. In seiner fast 700-seitigen Studie analysiert er, wie sich die gesellschaftliche und öffentliche Auseinandersetzung mit dem Sterben in den beiden deutschen Staaten nach 1945 wandelte. Wie er zu Beginn seiner Arbeit überzeugend ausführt – und gerade dies macht seine Arbeit für ein breites Publikum lesenswert –, handelt es sich beim »Sterben« um ein Thema, das in verschiedenste Bereiche des Zusammenlebens reicht: von Medizin und Wissenschaft über Sozialpolitik, Krieg und Verbrechen bis hin zu religiösen und humanistischen Grundsatzenfragen des menschlichen Daseins. Insoweit versteht er das Lebensende als einen »Seismograf[en] für sich wandelnde normative Konventionen, für politische Entwicklungen, kulturelle Sinnggebung oder soziale Probleme«. Dabei widerspricht er der These, das Sterben sei in modernen Gesellschaften tabuisiert und unsichtbar geworden. Stattdessen zeigt er, dass das Sterben im Untersuchungszeitraum nie etwas »Unsaßbares« war, vor allem ab den 1970er Jahren zunehmend in den Fokus der Öffentlichkeit rückte und dabei »zu einem bedeutsamen gesellschaftlichen Konfliktthema« avancierte.

Greiners Untersuchung beruht auf einem breiten Quellenkorpus aus thanatologischen Schriften, medizinischen wie politischen Dokumenten, Archivalien und Medienberichten. Er vergleicht die

Entwicklungen des einschläßigen Diskurses in der Bundesrepublik und der DDR, punktuell ergänzt durch transnationale Perspektiven auf Länder wie die USA, Großbritannien oder die Niederlande. Ganz im Sinne eines kulturwissenschaftlich inspirierten Ansatzes, wie er in den letzten Jahren in der Medizingeschichte verstärkt Einzug gehalten hat, versteht er das Sterben nicht nur als biologische Tatsache, sondern auch als soziales und kulturelles Phänomen.

Die Struktur der Studie folgt einem weitgehend chronologischen Aufbau, wobei Greiner in zehn Kapiteln inhaltliche Tiefenbohrungen vornimmt. Als analytisches Hilfsmittel bedient er sich dreier »Achsen«, die seine Arbeit im Querschnitt durchziehen und die er in einzelnen Kapiteln schwerpunktmäßig vertieft: die »Ökonomisierung des Sterbens«, die »Medialisierung des Lebensendes« und die »Solidarität am Lebensende«. Dies überzeugt durchaus, wenngleich er seine Überlegungen zu Medialisierung noch etwas hätte vertiefen können.

Zunächst beleuchtet Greiner, wie steigende Lebenserwartung und medizinischer Fortschritt neue Herausforderungen für das Gesundheitswesen mit sich brachten. Dabei zeigt er, dass das Sterben immer häufiger in Krankenhäuser verlagert wurde, was Kritik an einer vermeintlich »sterilen« und »anonymen« Apparatedizin hervorrief und das Aufkommen der Thanatologie begünstigte.

In diesem Zusammenhang wurde bereits ab den 1960er Jahren die Bedeutung der professionellen Sterbebegleitung in der Altenpflege diskutiert. Die Medizin hatte sich mit neuen Definitionen von Tod (etwa Hirntod) und der Anwendung oder Beendigung lebenserhaltender Maßnahmen zu befassen. Ein Meilenstein war die Einführung von Patientenverfügungen, für die es ab 1978 ein erstes westdeutsches Muster gab.

Ein besonderer Fokus der Studie liegt auf der Hospizbewegung und Palliativmedizin. Der Hospizgedanke, der Impulse aus Großbritannien und den USA erfuhr, fand in Deutschland nur langsam Anklang. Dies lag nicht zuletzt an einer befürchteten Verwechslung mit aktiver Sterbehilfe, die in Deutschland – auch aus historischen Gründen – stark abgelehnt wurde. Erst in den 1980er Jahren setzte sich die Hospiz- und Palliativmedizin allmählich durch. Mit der Liberalisierung der Schmerztherapie für Sterbende gewann ab den späten 1980er Jahren eine Alternative zur aktiven Sterbehilfe an Bedeutung. Eine Schlüsselrolle spielten bei diesen Veränderungen zivilgesellschaftliche Akteure. Zentral erscheint in diesem Zusammenhang auch die AIDS-Pandemie seit den 1980er Jahren: Greiner zeigt, dass die öffentliche Wahrnehmung von HIV-Infizierten neue Diskussionen über das Lebensende anstieß. Während das Thema in der DDR kaum Beachtung fand, führte die Krankheit in der Bundesrepublik zu intensiven Debatten. Infizierte trugen ihr Sterben in die Öffentlichkeit, während Freunde und Bekannte sie pflegten, was eine »Transformation des Sterbens« zur Folge hatte. Nach dem Mauerfall übernahmen auch Hospize diese Rolle, die ab 1997 aus wirtschaftlichen Gründen in das staatliche Gesundheitssystem integriert wurden.

Die Arbeit ist insgesamt sehr ertragreich an Befunden, von denen hier nur drei genannt seien: Erstens gelingt es Greiner zu zeigen, dass sich in beiden deutschen Staaten ab den 1970er Jahren fast identische Ansätze im Umgang mit dem Sterben entwickelten. Diskussionen über Patientenautonomie führten dazu, dass sich die Debatten über passive Sterbehilfe in Ost und West ab den 1980er Jahren annäherten. Zweitens stellt Greiner überzeugend heraus, dass die Medialisierung des Sterbens (zum Beispiel in der TV-Serie *Schwarzwaldklinik*) einen Thematisierungsdruck schuf, der das Verhältnis der Deutschen zum Tod nachhaltig prägte. Drittens gelingt es Greiner, die Tabuisierungsthese zu dekonstruieren. Dabei zeigt er nicht nur, dass das Sterben mitnichten einem Tabu unterlag, sondern auch, wie diese These in West- und Ostdeutschland zur Kritik an Konsumgesellschaft und Wertewandel instrumentalisiert wurde. Gleichzeitig trug sie zur Etablierung der Thanatologie als interdisziplinäre Wissenschaft und zur Entwicklung neuer Konzepte der Sterbebegleitung bei.

Trotz der umfangreichen Analyse bleiben einige Fragen offen. Die weitgehende Ausblendung des plötzlichen oder gewaltsamen Todes erscheint auf der einen Seite analytisch sinnvoll, auf der anderen aber wie eine künstliche Verkürzung des Themas. Zentrale Aspekte der Arbeit (z.B. Beendigung lebenserhaltender Maßnahmen, Sterbehilfe oder Patientenverfügungen) betreffen schließlich auch andere Formen des Sterbens, etwa bei Unfallopfern. Und wo genau soll die Grenze zwischen plötzlichem und nicht-plötzlichem oder gewaltsamem bzw. nicht-gewaltsamem Tod liegen? Greiner konzentriert sich vielmehr auf die institutionalisierte Form des Sterbens, während er das – quellenmäßig freilich schwer fassbare – familiäre Ster-

ben zu Hause nur am Rande thematisiert. Gerade die zunehmende Verlagerung des Sterbens in Institutionen – die Greiner selbst eingehend bespricht – könnte eine Erklärung dafür sein, dass sich das Sterben der direkten Anschauung vieler Menschen immer weiter entzog und insoweit den Nimbus des »Unsichtbaren« erhielt.

Ungeachtet aller Möglichkeiten des Weiterdenkens bietet Greiners Studie eine überzeugende und umfassende Analyse eines bisher wenig erforschten Themas. Das asymmetrische Verflechtungsverhältnis der beiden deutschen Staaten stets beachtend, gelingt es ihm, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede präzise herauszuarbeiten. Die Arbeit zeigt eindrucksvoll, wie sich die Debatte über das Sterben in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat und welche Akteure sie trugen. Wer sich für die Geschichte des Sterbens, die Entwicklung der Hospizbewegung und die mediale Verarbeitung des Todes interessiert, findet in *Die Entdeckung des Sterbens* eine ebenso unverzichtbare wie anregende Arbeit mit vielen klugen Beobachtungen und Gedanken. Greiners Werk stellt insoweit nicht nur einen Beitrag zur Zeitgeschichtsforschung dar, sondern auch einen wichtigen Impuls für die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit einem zentralen Aspekt des menschlichen Lebens.

Niklas Lenhard-Schramm (Hamburg)

Teresa Pinheiro/Robert Stock/Henry Thorau (Hg.), Fünfzig Jahre Nelkenrevolution

Teresa Pinheiro/Robert Stock/Henry Thorau (Hg.), Fünfzig Jahre Nelkenrevolution. Transkulturelle und intermediale Perspektiven auf Portugals demokratischen Wandel seit 1974 (Biblioteca Luso-Afro-Brasileira; Bd. 2), Bielefeld (transcript) 2024, 384 S., 53 €

Bücher zur portugiesischen Geschichte und insbesondere zur Nelkenrevolution sind in der deutschen zeithistorischen Forschung seit jeher rar. Den fünfzigsten Jahrestag der Revolution, die in Portugal gleichzeitig das Ende des Estado Novo und des portugiesischen Kolonialsystems besiegelte, haben Teresa Pinheiro, Robert Stock und Henry Thorau zum Anlass genommen, diese Lücke weiter zu schließen. Dabei legen die drei Herausgeber:innen bewusst keinen Band dezidiert zur Geschichte der Nelkenrevolution vor. Vielmehr wollen sie als »deutschsprachige Lusitanistik zur Bilanzierung des vergangenen halben Jahrhunderts in Portugal und der portugiesisch-sprachigen Welt beitragen.« Entsprechend breit ist das Projekt angelegt: Die multidisziplinäre Themenauswahl und Autor:innenschaft bündelt neben geschichtswissenschaftlichen auch kultur-, literatur- und sprachwissenschaftliche Perspektiven auf die Nelkenrevolution und die folgenden fünf Jahrzehnte. Aus dem multidisziplinären Ansatz ergibt sich, dass sich die einzelnen Beiträge in verschiedene fachspezifische Forschungskontexte einschreiben; einen übergeordneten Rahmen gewinnt der Band durch seine Gliederung in sechs Sektionen.

Dass es nicht die Absicht des Bandes ist, die Geschichte der Nelkenrevolution selbst wieder oder anders zu erzählen, wird bereits in der ersten, mit dem Titel

»Transnationale Einblicke« überschriebenen Sektion offenkundig. Statt mit einem ereignisgeschichtlichen Abriss beginnt die Sektion mit zwei Aufsätzen, die Perspektiven aus beiden deutschen Staaten auf die Revolution in Portugal untersuchen. Besonders hervorzuheben ist hier der Beitrag zur Rezeption der Revolution in der Zeitung *Neues Deutschland*, der eine Leerstelle in der Forschung zum ostdeutschen Blick nach Portugal schließt. Ein zentrales Ergebnis der Autor:innen ist die Feststellung des Wandels der Position des ND von der hoffnungsvollen Sympathie mit der »Bruderpartei« PCP zur sich ab 1976 einstellenden Ernüchterung über Portugal, das nun angesichts seiner Integration in die westlichen Demokratien »ein kapitalistisches Land unter anderen, über das gelegentlich zu berichten war«, geworden sei. Mit dem Hinweis auf die ernste Hoffnung des ND auf einen Erfolg der PCP liefern die beiden Autor:innen auch ein weiteres Argument für die Offenheit der politischen Entwicklung in Portugal in der Frühphase nach der Nelkenrevolution, die in der Ex-post-Betrachtung der Revolution mitunter aus den Augen gerät. Dem multiperspektivischen Grundprinzip des Bandes folgend schließt als dritter Beitrag eine Analyse der erinnerungskulturellen Bedeutung der Nelkenrevolution im galizischen Kulturnationalismus des frühen 21. Jahrhunderts die erste Sektion ab. In überzeugender Weise verbindet dieser Aufsatz

die spanische transnationale Perspektive auf Portugal mit zentralen Überlegungen zur Erinnerung der Revolution.

Die zweite Sektion ist mit zwei Aufsätzen der »Ikonographie der Revolution« gewidmet. Als Ikonen haben die Herausgeber:innen zum einen die »Fotografie als Bedeutungsträger der Revolution« ausgemacht, zum anderen José Afonsos Protestlied *Grândola, vila morena*. Ein Fokus auf Bilder ist zwar kein neuer, aber dennoch gewinnbringend und gerade in der Geschichtswissenschaft ein häufig unterrepräsentierter Zugang. Henrick Stahr folgt in seiner Analyse, die 13 Fotografien zum Band beisteuert, sehr eng den Bildern der Revolution selbst, begibt sich auf die Suche nach Umdeutungen in den Jahrzehnten nach der Revolution und stellt die Nelke als Ikone der Revolution in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive wäre es wünschenswert gewesen, wenn Stahrs Analyserahmen breiter gesteckt und weitere Bildkontexte – vor allem Bilder aus dem Kolonialkrieg – miteinbezogen worden wären. Aber das ist nicht das Anliegen des Aufsatzes, der in beeindruckender Dichte der Bildsprache des 25. Aprils 1974 folgt. Im zweiten Text zu den Ikonen der Revolution wendet sich Benjamin Meisnitzer einer selten untersuchten Quelle zu: José Afonsos Protestlied. In seiner transnational vergleichenden Anlage weist Meisnitzer auf die herausragende Bedeutung von (Protest)liedern in den totalitären Regimen der iberischen Halbinsel hin und lädt zu weiterführenden Forschungen ein.

Mit der literarischen Rezeption der Revolution befasst sich die dritte Sektion. Unter den zwei Beiträgen, die portugiesischen Autor:innen gewidmet sind, sticht aus historiografischer Sicht vor allem das knappe Porträt von Natália Correia heraus.

Tobias Brandenberger zeigt auf wenigen Seiten sehr überzeugend, mit wie vielen, sich mitunter schnell abwechselnden Erwartungen und auch Enttäuschungen die Revolution für Zeitgenoss:innen einherging. Zugleich liefert seine Untersuchung von Correias Tagebuch, Artikeln und Gedichten einen Zugang zu einem auch für Historiker:innen aufschlussreichen Quellenkorpus. Dass der dritte Aufsatz nach Guinea-Bissau blickt, ist ein großes Verdienst dieser Sektion, war die Revolution doch eng mit der dort schon lange anhaltenden politischen Instabilität verknüpft.

Leider verliert der Band den Blick auf die ehemaligen Kolonien recht schnell wieder. Sektion vier schlägt zwar die Brücke zwischen Revolution und Dekolonisierung, legt den Fokus aber wiederum auf eine portugiesische Perspektive, was darin begründet sein mag, dass hier vor allem die portugiesische Literatur zum Analysegegenstand wird. Wenngleich die Bedeutung der *Retornos*, denen die ersten beiden Aufsätze gewidmet sind, für die Geschichte der Zeit nach der Revolution unbestreitbar ist, wäre doch, jedenfalls aus Sicht von Historiker:innen, ein umfangreicherer Blick auf die vom Estado Novo als integrale Bestandteile Portugals verstandenen ehemaligen »Überseegebiete«, wie ihn der letzte Beitrag dieser Sektion bietet, sicher aufschlussreich gewesen.

In logischer Folge befasst sich Sektion fünf mit der »Aufarbeitung von Krieg und Repression«. Als Folien für die Analyse der Verarbeitung der Gewalterfahrung im Kolonialkrieg dienen den Aufsätzen dieser Sektion das zeitgenössische portugiesische Theater und der Film. Beide Beiträge zeigen eindrücklich, wie lange und wechselhaft die Aushandlungs- und Verarbeitungsprozesse von Diktatur und Kolonialkrieg in der portugiesischen Gesellschaft dauerten; vor allem der zweite

Aufsatz, der die Opfer der Geheimpolizei PIDE in den Mittelpunkt rückt, kann diese Komplexität herausarbeiten.

Abgerundet wird der Band mit der aus fünf Zeitzeugeninterviews bestehenden sechsten Sektion, die sich durch das wiederholte Stellen der gleichen Fragen an unterschiedliche Gesprächspartner:innen aus Politik, Wissenschaft, Journalismus und Gesellschaft sehr gut in die multiperspektivische Anlage des Bandes einfügt und für Historiker:innen auch als Quellensammlung interessant ist.

Kritik an diesem Band zu üben ist schwierig. Aus geschichtswissenschaftlicher Sicht hätte ein stärkerer Blick in die ehemaligen Kolonien sicher einen Mehrwert gehabt. Schließlich ging nicht zuletzt von dort die Revolution aus und auch dort vollzog sie sich. Um der eurozentrischen Fokussierung entgegenzuwirken hätte die Fragestellung dieses Bandes so durchaus geografisch erweitert werden können. Doch immerhin gibt es den Aufsatz von Christiane Abele, der den engen Zusammenhang zwischen Dekolonisierung und Revolution in Portugal analysiert hat. Nichtsdestotrotz liegt gerade in der Anlage und Konzeption einer der großen Vorzüge dieses Jubiläumsbandes. Er verbindet etablierte Zugriffe auf das Thema mit einer Vielzahl weiterer Perspektiven zu einem facettenreichen Gesamtbild von der Geschichte der Nelkenrevolution. Nachfolgende Untersuchungen können und sollten ausgehend hiervon noch weiter nach den Verflechtungen der unterschiedlichen Akteure und Felder fragen, die dieser Sammelband präsentiert. Doch nicht nur in der für zukünftige Arbeiten anregenden perspektivischen Vielfalt liegt die Stärke dieses Buches, sondern ebenso sehr in seiner großen Detailfülle, die einer breiten Leserschaft eine anregende Lektüre verspricht.

Gideon Botsch/Gesa Köbberling/Christoph Schulze (Hg.), Rechte Gewalt

Gideon Botsch/Gesa Köbberling/Christoph Schulze (Hg.), Rechte Gewalt. Aktuelle Analysen und zeithistorische Perspektiven auf das Land Brandenburg (Potsdamer Beiträge zur Antisemitismus- und Rechtsextremismusforschung; Bd. 3), Berlin (Metropol Verlag) 2023, 414 S., 26 €

Rechte Gewalt in Deutschland nach 1945 ist in den vergangenen Jahren in den Fokus der Geschichtswissenschaft geraten. Davon zeugen zahlreiche Studien zum Rechtsterrorismus in der alten Bundesrepublik seit dem Beginn der 1970er Jahre ebenso wie Veröffentlichungen zu extrem rechter Gewalt in der Transformationszeit für die der Topos von den »Baseballschlägerjahren« (Christian Bangel) mittlerweile weite Verbreitung gefunden hat.

Freilich: Ganz neu sind historische Perspektiven auf den Rechtsextremismus nicht. Auch wenn aus der Geschichtswissenschaft bisweilen der Eindruck vermittelt wird, eine vollkommen neue Facette eröffnet zu haben, kann sie an zahlreiche Erkenntnisse aus sozialwissenschaftlichen, zivilgesellschaftlichen und auch aus bewegungsorientiert-antifaschistischen Publikationen anknüpfen. Auch im vorliegenden Sammelband, der »zeithistorische Perspektiven« auf rechte Gewalt im Land Brandenburg entwickeln möchte, weisen sich von 24 Autor*innen des Bandes nur zwei als Historiker*innen aus. Dem historischen Potenzial der insgesamt 17 Beiträge tut dies aber keinen Abbruch – im Gegenteil.

Die vielfältigen Perspektiven, die der Band eröffnet, spiegeln sich auch in den unterschiedlichen Textformaten, die von fachwissenschaftlichen Aufsätzen, Erfahrungsberichten aus der Beratung von Betroffenen rechter Gewalt, einem autobiografischen Essay bis hin zu einem

Interview mit einer Betroffenen eines rassistischen Übergriffs reichen. Dennoch gleitet der Band nicht in eine thematische und analytische Beliebigkeit ab. Vielmehr sind die Beiträge durch drei Aspekte miteinander verknüpft: erstens die (zeit)historische Verortung rechter Gewalttaten, zweitens einen analytischen Blick auf rechte Gewalt als »sinnhaftes« Handeln vor dem Hintergrund dominanzgesellschaftlich verbreiteter Ideologien der Ungleichwertigkeit sowie drittens die Perspektiven von Betroffenen als zentrale Quellen.

Der Blick auf historische Kontinuitäten findet sich beispielsweise im Beitrag von Christoph Schulze, der den im öffentlichen Bewusstsein weitgehend vergessenen »polenfeindlichen Grenzkravall« im April 1991 in Frankfurt (Oder) untersucht. Schulze macht deutlich, dass der Referenzrahmen der Gewalt auf die Etablierung polenfeindlicher Ressentiments im Kontext des deutschen Nationalismus und die antipolnische Politik des deutschen Kaiserreichs zurückgeht. Diese Feindbilder erfuhren eine Reaktualisierung nicht nur durch die extrem rechte Mobilisierung im Frühjahr 1991, sondern auch durch bisweilen ressentimentgeladene Äußerungen politischer Entscheidungsträger*innen.

Der Beitrag von Lucia Bruns, Christin Jänicke, Esther Lehnert und Stefanie Lindner ordnet die pädagogische Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zu Beginn der 1990er Jahre zeitgeschichtlich

ein. Das 1991 beschlossene »Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt« lief inhaltlich darauf hinaus, extrem rechte Gewalt zu entpolitisieren, indem sie nahezu ausschließlich als Verhaltensweise verunsicherter und marginalisierter vorwiegend männlicher Jugendlicher gedeutet wurde. Die Autor*innen hingegen sehen die Ursachen extrem rechter Gewalt in Anlehnung an Birgit Rommelspacher weniger in Marginalisierungsprozessen als in dominanzgesellschaftlich verbreiteten Einstellungsmustern.

Sämtliche Beiträge betrachten extrem rechte Gewaltpraktiken nicht isoliert von gesellschaftlichen Resonanzräumen, sondern praxeologisch. Die meisten Autor*innen interpretieren Gewalt weniger als zweckrationale Handlungsstrategie, sondern als für den Rechtsextremismus konstitutive Praxis, die darauf abzielt, Ideologien der Ungleichwertigkeit »wahr« zu machen.

In diesem Sinne weist Gideon Botsch darauf hin, dass die »Ausübung rechts-extremer Gewalt [...] zunächst die Ein- und Unterordnung in eine Dominanzkultur« erfordert. Extrem rechte Gewalt sei keinesfalls »sinnlos«, wie häufig verwendete Redewendungen nahelegten. Rechte Täter*innen würden ihr Handeln durchaus mit Sinn versehen: Zu Feind*innen stilisierte Personen oder Gruppen zu vertreiben, zu schädigen oder auszulöschen. Darüber hinaus würden sie eine Botschaft an alle jene senden, die potenziell getroffen werden könnten. Insofern stellen extrem rechte Gewalttaten immer auch Botschaftsverbrechen mit hoher symbolischer Aufladung dar.

Diesen Aspekt unterstreichen Juliane Lang und Johanna Sigl, die für einen genaueren Blick auf die Bedeutung von Geschlecht plädieren. Sie heben zum einen hervor, dass rechte Gewalt auch von

Täterinnen ausgeht. Zum anderen verdeutlichen sie, dass rechte Gewalt, zumal dann, wenn sie sich gegen Frauen richtet, der »Aufrechterhaltung patriarchal ungleicher Geschlechterverhältnisse, mit wehrhaften, wenn nötig gewalttätigen Männlichkeit(en)« dient. Die Ausprägungen und Auswirkungen dieser Gewalt zeigen Lang und Sigl anhand von Erfahrungsberichten, die von der Brandenburger Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt gesammelt wurden.

Die genutzte Quellengrundlage ist der dritte verbindende Aspekt des Bandes. Der überwiegende Teil der Beiträge bezieht zentral die Perspektiven und Erfahrungen von Betroffenen mit ein – oder macht diese zum Ausgangspunkt der Betrachtungen. Damit hebt sich der Band von dem bis heute dominierenden Paradigma ab, rechte Gewalt fast ausschließlich mit Blick auf die Gewalt ausübenden Protagonist*innen zu analysieren.

Marina Chernivsky und Friederike Lorenz-Sinai schildern Herausforderungen in der Beratung von Antisemitismus-betroffenen Menschen. So etwa die Bagatellisierung antisemitischer Äußerungen durch Lehrer*innen und Schüler*innen und nicht zuletzt die oftmals geteilte Erfahrung von Betroffenen, das Erleben versteckter Aggressionen und »antisemitischer (Sprach-)Handlungen« nicht artikulieren zu können. Darüber hinaus weisen die Autorinnen darauf hin, dass auch »die Nichtbeachtung jüdischer Perspektiven auf Antisemitismus« sowie die »fehlende Einordnung des Antisemitismus als Strukturverhältnis der postnational-sozialistischen Gesellschaft« häufig als »zweite Viktimisierung« empfunden wird. Eine Wahrnehmung, die auch von anderen Betroffenen extrem rechter Anfeindungen und Gewalt geteilt wird, worauf Judith

Porath in ihrem Beitrag zum »Trauma der Hinterbliebenen von Todesopfern rechter Gewalt« aufmerksam macht.

Die Sprachlosigkeit von Betroffenen oder auch Zeug*innen rechter Gewalt thematisiert Manja Präkels, die 1992 als Jugendliche einen Angriff von Neonazis auf eine Disko miterlebte, bei dem der 18-jährige Ingo Ludwig ums Leben kam. Sie deutet ihre spätere (literarische) Auseinandersetzung mit dem Überfall als eine Form der »Selbstermächtigung«, wirft aber die grundlegende Frage auf, ob und auf welche Weise es möglich ist über rechte Gewalt zu schreiben, »ohne mit den Taten auch die Opfer voyeuristisch zur Schau zu stellen, ihnen die Würde zu nehmen?«

Das Verdienst des Bandes liegt nicht zuletzt darin, Fragen wie diese aufgeworfen zu haben, die (nicht nur) für zeithistorische Forschungen zum Rechtsextremismus in Deutschland nach 1945 von großer Relevanz sind. Darin spiegelt sich auch eine Perspektiverweiterung und -verschiebung, die die zivilgesellschaftliche, aber auch die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit extrem rechten Entwicklungen in verstärktem Maße kennzeichnet. Rechtsextremismus erscheint darin nicht mehr als »extremistische« Ausnahme, sondern als integraler Bestandteil deutscher Geschichte, die zunehmend vielstimmig erzählt wird – auch und besonders von jenen, die von rechter Gewalt und dominanzgesellschaftlicher Ausgrenzung betroffen waren und sind. Impulse dieses Paradigmenwechsels, der wesentlich durch die Auseinandersetzung mit dem NSU-Komplex angestoßen wurde, gingen von Betroffenen, Überlebenden rechter Gewalt und deren Angehörigen aus. Ein zentraler Aspekt war dabei immer auch die Frage nach den Inhalten, Formen und Praktiken des staatlich-offiziellen wie auch des selbstorganisiert-

zivilgesellschaftlichen Erinnerns. Dieses wichtige Thema bleibt in dem Band indessen eine Leerstelle. Doch gerade in den Auseinandersetzungen um ein angemessenes Erinnern werden Betroffene rechter Gewalt als Akteur*innen sichtbar und hörbar. Gleichwohl liefert der Band produktive Anregungen zur Geschichte des Rechtsextremismus in Deutschland und in Brandenburg, die noch lange nicht an ihr Ende gekommen ist.

Michael Sturm (Münster)